

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ DER UMBAU DES BILDUNGSSYSTEMS IN DER BRD

»Leistungsgerechtigkeit« und »Eliteförderung« statt »Chancengleichheit«

Nach langen Jahren des Schweigens ist das deutsche Bildungssystem seit Mitte der neunziger Jahre wieder in das Blickfeld der öffentlichen Diskussion geraten. Vehement werden von Politikern fast aller Parteien und von den Medien radikale Veränderungen gefordert; denn nur so, dies das zentrale Argument, lasse sich der »Hochlohnstandort Deutschland« langfristig sichern. Bildung sei »unser einziger Rohstoff«. Deshalb müsse etwas geschehen. Da die finanziellen Mittel jedoch begrenzt seien und auch blieben, müsse man mit dem zur Verfügung stehenden Geld rationaler umgehen. Zusätzliche Mittel seien nicht zu erwarten, also seien grundlegende Umstrukturierungen und »Innovationen« gefragt.

Die Bildungsreformen der siebziger Jahre und ihr Ende

Der Hinweis auf die finanziellen Einschränkungen macht einen, vielleicht sogar den entscheidenden Unterschied zur letzten umfassenden Bildungsdiskussion hierzulande aus, der in den Sechzigern und frühen Siebzigern. Damals wurde in großem Umfang in das Bildungssystem investiert. 1975 erreichten die Bildungsausgaben mit Anteilen von 14,5 Prozent am öffentlichen Haushalt und 5,1 Prozent am Bruttoinlandsprodukt historische Höchststände. Aufgrund dieser erheblichen Mittel fand die von den Befürwortern der Reformen erhoffte und zum Teil auch versprochene soziale Öffnung des Bildungswesens in Teilen denn auch tatsächlich statt. Zwar blieb die Bildungsbenachteiligung vor allem für Kinder aus Arbeiterfamilien bestehen, sie nahm im Zeitverlauf aber doch spürbar ab. Wenn heute jedes fünfte Arbeiterkind die Oberstufe eines Gymnasiums, einer Fachoberschule oder einer Gesamtschule besucht, dann ist das verglichen mit den 60 Prozent bei Beamtenkindern zwar immer noch sehr wenig, verglichen mit den fünfziger und sechziger Jahren trotz aller weiter existierenden Benachteiligungen aber ein erheblicher Fortschritt. Weitaus stärker als die Arbeiterkinder haben allerdings die Kinder aus den kleinbürgerlichen Mittelschichten von der Expansion des Bildungssystems profitiert. Die Tatsache, dass heute mehr als ein Drittel eines Jahrgangs das Abitur oder Fachabitur macht, während es in den Sechzigern höchstens jeder zehnte war, zeigt das deutlich. Die traditionelle Bildungsbenachteiligung der Mäd-

chen und Frauen ist im schulischen Bereich sogar fast völlig und an den Hochschulen zumindest zu großen Teilen verschwunden.

Diese Veränderungen kosteten allerdings viel Geld. Der Staat war jedoch zunehmend weniger bereit, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Aus mehreren Gründen (wirtschaftliche Krisenerscheinungen, geänderte Steuerpolitik, sinkender Stellenwert der Bildung etc.) wurde auf die Probleme im Bildungssektor seit Mitte der Siebziger fast nur noch in einer Form reagiert: Es wurde gespart. Bis 1990 sank der Anteil der Bildungsausgaben am öffentlichen Haushalt um ein Viertel auf 10,9 Prozent. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ging er mit 28 Prozent sogar noch etwas stärker zurück. Aufgrund der geringen Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern und der damit verglichen höheren Bildungsausgaben ist er Anfang der neunziger Jahre zwar auf 12,2 Prozent bzw. 4,3 Prozent angestiegen, seit 1995 ist der Anteil am Bruttoinlandsprodukt aber schon wieder deutlich rückläufig. Im internationalen Vergleich rangiert Deutschland damit im hinteren Mittelfeld. Es verfehlt bei den staatlichen Bildungsausgaben den Durchschnitt der OECD-Länder um ein Viertel und liegt verglichen mit Ländern wie der Schweiz oder den USA sogar um über ein Drittel zurück. Auch wenn der finanzielle Aspekt über die Qualität der Ausbildung nicht alles aussagt – zum Beispiel bleiben die riesigen Unterschiede zwischen den einzelnen Einrichtungen in den USA hinter den allgemeinen Prozentsätzen verborgen – so bieten sie doch einen eindeutigen Anhaltspunkt für die Verschlechterung.

Leistungsgerechtigkeit statt Chancengleichheit – das neue Motto

Die unaufhörlichen Sparmaßnahmen haben das Fundament des Bildungswesens langsam, aber stetig ausgehöhlt. Die Infrastruktur der Schulen und Hochschulen ist vielfach sanierungsreif (die Gebäude sind zum Teil baufällig, die technische Ausstattung vielfach überholt), die Lehrer und Professoren sind deutlich überaltert, die Förderung von Schülern und Studierenden aus Familien mit geringen Einkommen ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Mitte der neunziger Jahre war dem Kapital wie auch den Politikern klar,

dass sie diesen Weg nicht einfach weitergehen konnten, wollten sie die bisherige Spitzenposition auf dem Weltmarkt nicht verlieren. Eine Politik nach dem Motto: »So weiter wie bisher« war nicht mehr möglich. Es musste also entweder wieder deutlich mehr Geld in das Bildungswesen investiert oder ein anderer Weg gefunden werden, den Anforderungen Rechnung zu tragen.

Die Antwort, die die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik gaben, lautete: Das Bildungssystem muss grundlegend umstrukturiert werden, damit es mit den geringen Mitteln, deren Anhebung nicht zur Debatte stand, dennoch die erforderliche Anzahl an qualifizierten Arbeitskräften ausbilden kann. Die neuen Zauberworte heißen seither »Profilbildung«, »Leistungsgerechtigkeit« und »Elitenförderung«. Chancengleichheit als der zentrale Begriff der Bildungsreformen hat ausgedient. Nicht die Förderung aller mit dem Ziel einer möglichst breiten Bildungsbeteiligung wird angestrebt, sondern der gezielte Einsatz der knappen Mittel, das heißt eine Umverteilung zugunsten der sogenannten »Leistungsträger«. Die Selektionsfunktion des Bildungssystems, die durch die Reformen der sechziger und siebziger Jahre spürbar eingeschränkt worden ist, soll wieder gestärkt werden. Weil das seitens der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellte Geld nicht ausreicht, allen eine vernünftige Ausbildung zu gewährleisten, müssen die durch ihre Herkunft Benachteiligten eben sehen, wo sie bleiben.

Die Veränderungen in der Schulpolitik

Die neuen Ziele der Bildungspolitik sind auf allen Ebenen des Bildungssystems zu erkennen. Für die Schulen gibt es vor allem in drei Punkten wichtige Auswirkungen. Zunächst wird unter dem Schlagwort »Profilbildung« eine zunehmende Differenzierung der Schullandschaft angestrebt. Wenn in Hamburg (wie auch den meisten anderen Bundesländern) die Schulen aufgefordert werden, sich ein eigenständiges Profil zu geben, so wirkt das auf viele Lehrer, Eltern und Schüler auf den ersten Blick sehr sinnvoll und zum Teil auch motivierend. Man bekommt offenbar endlich Gestaltungsspielräume, die einem die straffen Lehrpläne und Vorgaben früherer Jahre nicht ermöglichten.

Die mittel- und langfristigen Konsequenzen werden dabei leicht übersehen. Profilbildung bedeutet im Kern nichts anderes als eine Differenzierung zugunsten der Schulen, die besonders gute Voraussetzungen haben. Ein Gymnasium, das in einem gutbürgerlichen Vorort oder Stadtteil liegt, kann im Vergleich zu einer Gesamtschule in einem »sozialen Brennpunkt« nicht nur auf diszipliniertere und lernwilligere Schüler zählen, sondern auch auf engagiertere und zudem finanzkräftigere Eltern. Das macht die Profilbil-

dung leicht. Die Lehrer sind in der Regel motivierter, weil sie weit weniger mit den familiären Problemen ihrer Schüler belastet sind, der Unterricht reibungsloser verläuft und die Eltern unterstützend wirken. Für Sonderveranstaltungen wie etwa Klassenfahrten, Besichtigungen oder aufwendigere Zusatzkurse ist nicht nur mehr Geld da, häufig springen auch Unternehmen ein, wenn es um die Bereitstellung besonderer Angebote geht. So ist ein Konzern wie etwa Siemens eher gewillt, eine Klassenreise zu den Produktionsanlagen von Infineon zu sponsern, wenn intensivere Kontakte seitens einzelner Eltern bestehen und das Leistungsniveau der Schule für das Unternehmen zudem eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit zukünftigen Informatikern oder anderen Fachkräften verspricht. Der sowieso schon feststellbare Trend zu einer Konzentration der Schüler auf bestimmte Schulen je nach sozialer Herkunft wird durch die Profilbildung also weiter verstärkt.

Diese Tendenz wird durch den größeren Einfluss der Schuldirektoren auf die Einstellung neuer Lehrer noch gefördert. Das ist der zweite wichtige Punkt. »Gute« Schulen bekommen auch eher »gute« Lehrer und verbessern ihre Position dadurch zusätzlich. In Nordrhein-Westfalen geht man seitens des Schulministeriums mit einem nächstes Jahr beginnenden Reformprojekt »Selbständige Schule« noch weiter. In zunächst 250 bis 300 Schulen sollen die Schulleitungen Freiheiten bekommen, die bislang nur die Privatschulen hatten. Sie können Lehrer zu Konditionen einstellen, die ihnen freigestellt sind, also als Beamte oder Angestellte, befristet oder dauerhaft, Teilzeit oder Vollzeit, für 140.000 DM oder zu 90.000 DM. All das soll möglich sein. »Die Schule kann das Personal so aussuchen, dass es für sie passt«, so der zuständige Staatssekretär Wolfgang Meyer-Hesemann laut »Frankfurter Rundschau« vom 19.4. diesen Jahres. Konkret bedeutet das die Aufhebung einheitlicher Regelungen und eine weitere Differenzierung nach Schulen und Lehrertypen. Die Schulen mit den attraktiven Rahmenbedingungen werden es nun noch leichter haben, die knappen und begehrten Lehrkräfte in Fächern wie Informatik oder Physik zu rekrutieren, weil sie ihnen neben der besseren

INHALT

Zur Reform des Bildungssystems in der BRD	1
Der »Godesberger« Gewerkschaftstag der GEW	6
Griechenland: Ideologie der Modernisierung verliert an Bedeutung . . .	9
Zur aktuellen »Faulenzer-Debatte« –	
Ursachen und Wirkungen	17
Leserbrief zum Nachruf auf Heinz Kundel	21
Korrespondenzen:	
Frankfurt: Mit Polizeiknüppeln für Multi-Kulti	21
Berlin: NPD-Aufmarsch am 1. Mai erlaubt	24
Bei der Post: Abbau tariflich geschützter Arbeitsverhältnisse	26

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbecke
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20043 Hamburg«

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladens«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhäuser, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeiseshallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Lernatmosphäre jetzt auch noch ein höheres Gehalt oder sonstige Vergünstigungen anbieten können. Damit steigern sie ihren Wettbewerbsvorteil und werden im nächsten Jahr in der Konkurrenz noch besser dastehen. Die Kluft zwischen den »guten« und den »schlechten« Schulen wird dementsprechend von Jahr zu Jahr größer werden. Die Hauptschulen spielen in all diesen Überlegungen kaum noch eine Rolle. Sie sind inzwischen zu »Restschulen« geworden, die in erster Linie all diejenigen sammeln, die es nicht geschafft haben. Die Motivation der Schüler ist dementsprechend gering und die Lehrer sind eher als Sozialarbeiter denn als Lehrer tätig.

Die dritte wichtige Veränderung betrifft die Gesamtschulen als das Symbol des früheren Bildungsziels »Chancengleichheit«. Sie ist ins Visier der Kritik geraten. Nachdem die (verkürzt wiedergegebenen) Ergebnisse der international vergleichenden Studie über Leistungen in den Fächern Mathematik und Physik (TIMMS) in den Medien breit dargestellt worden waren, stürzten sich die meisten Kommentatoren wie auch Vertreter von Politik und Wirtschaft vor allem auf die Gesamtschulen, denen sie Leistungsschwäche vorwarfen. Die Probleme, mit denen die Gesamtschulen zu kämpfen haben, weil sie in der Konkurrenz mit den Gymnasien eher die schlechteren Schüler aufnehmen müssen, werden ignoriert und den Gesamtschulen letztlich als eigenes Verschulden angerechnet. Ziel dieser Politik ist die langfristige Zurückstufung der Gesamtschulen auf eine bessere Hauptschule oder gar ihre Abschaffung. Ein Trend, der aufgrund der ungleichen Konkurrenzvoraussetzungen faktisch sowie schon festzustellen ist, wird damit organisatorisch endgültig festgezurr.

Ergänzt werden diese Schritte durch vielfältige andere Maßnahmen. Das reicht von der staatlich bewilligten und bezuschussten Einrichtung von Privatschulen für sogenannte Sonderbegabte und der Etablierung von sehr teuren privaten Eliteschulen wie etwa der sächsischen Prinzenschule über die Reduzierung der Schulzeit auf zwölf Jahre¹ bis hin zur schrittweisen Ausdünnung und eventuell sogar weitgehenden Auflösung der zentralen Aufsichtsbehörden. Insgesamt bedeuten all diese Veränderungen vor allem eines: Die relative Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens soll durchgreifend aufgebrochen werden. Eine umfassende Differenzierung und damit die Förderung derjenigen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft die besten Startbedingungen haben, wird als neues bildungspolitisches Ziel propagiert. So sprach Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Anfang Februar zur Eröffnung eines neuen Zentrums für Begabtenforschung an der Universität Münster ausdrücklich davon, dass die Begabtenförderung zu einem »zentralen Ziel« seines Ministeriums geworden sei (»Die Zeit«, 8. 3. 2001). Unter Begabtenförderung ist dabei im Kern nichts anderes zu verstehen als die Förderung von Elitenbildung.

Die Umstrukturierung der Hochschulen

Parallel zu den Veränderungen im schulischen Bereich werden auch die Umstrukturierungen an den Hochschulen vor-

angetrieben. Im Mittelpunkt der Bemühungen stehen dabei vier Punkte: die Ersetzung der Diplom-Studiengänge durch solche nach dem angelsächsischen Bachelor/Master (BA/MA)-Modell, die Abschaffung der Gesamthochschulen, die Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen bei den Hochschulleitungen und den neu zu schaffenden Hochschulräten sowie die Einführung der finanziellen Hochschulautonomie und der damit verknüpften »leistungsorientierten« Finanzierung der Hochschulen.

Im Augenblick gilt das Hauptaugenmerk der Etablierung von Bachelor und Master im deutschen Hochschulsystem. Sie soll offiziell zu einer besseren internationalen Vergleichbarkeit der deutschen Bildungsabschlüsse führen. Tatsächlich geht es aber um etwas ganz anderes. Sollte es gelingen, wonach derzeit alles aussieht, das Diplom durch diese beiden Abschlüsse zu ersetzen, dann kann das Studium für die große Mehrzahl der Studierenden erheblich verkürzt werden. Vorgesehen ist nämlich ein nur sechssemestriges Bachelorstudium mit einem anschließenden viersemestrigen Masterstudium. Der Zugang zum Masterstudium soll reglementiert werden und nur einer Minderheit, deren Umfang zumeist mit 20 bis 30 Prozent angegeben wird, offenstehen. Praktisch bedeutet das für die Masse der Studierenden, dass sie zwei Jahre weniger Zeit für ihren Abschluss hat. Obwohl bisher noch verneint wird, dass die BAföG-Regelzeiten sich in Zukunft nach der Dauer des Bachelorstudiums richten werden, ist mittelfristig mit einer solchen Regelung zu rechnen. Wer mehr als sechs Semester studiert, verliert dann seine Förderung.

Haben die zuständigen Ministerien es bisher durchgängig bei einer eher indirekten Förderung des BA/MA-Modells belassen, indem sie die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen und diesbezügliche Initiativen einzelner Fächer, Fachbereiche oder Hochschulen ideell wie auch materiell massiv unterstützt haben, so ist Nordrhein-Westfalens Bildungsministerin Gabriele Behler Anfang des Jahres einen entscheidenden Schritt weitergegangen. Ein von ihr beauftragter Expertenrat hat auf dem Umweg über die Reform der Lehrerbildung einen wirksamen Hebel angesetzt, die widerstrebenden Kräfte an den Hochschulen zur Einführung von Bachelor-Studiengängen zu zwingen. Alle Lehramtsstudierenden sollen in Zukunft zunächst ein sechssemestriges Fachstudium bis zu einem ersten berufsbildenden Abschluss absolvieren, um dann in einem zweiten viersemestrigen Anschlussstudium die notwendigen didaktischen Elemente durch Seminare und Praktika zu erlernen. In diesen zweiten Abschnitt soll dann auch zumindest ein Teil des Referendariats integriert werden, was eine weitere Entlastung des Landeshaushalts mit sich bringen würde. Ziel ist in den Worten der Kommission, »das Lehramtsstudium in den auf die Einführung der gestuften BA/MA-Abschlüsse zielenden Umstrukturierungsprozess einzubeziehen« (FR vom 8.3.2001). Diese Empfehlungen sollen nach Vorstellung des Ministeriums bis zum Wintersemester 2001 umgesetzt werden.

Werden sie realisiert, wofür derzeit alles spricht, müssen sich alle Fächer, die auch mit der Lehrerbildung zu tun haben, also vor allem die Geisteswissenschaften, dem neuen Modell anpassen und ihre Studiengänge ebenfalls auf das BA/MA-Modell umstellen. Von oben wäre damit in relativ kurzer Zeit durchgesetzt, wozu die einzelnen Fächer oder Hochschulen bisher nicht oder nur auf längere Sicht bereit waren. Eine weitere Folge dieser Umstrukturierung könnte

¹ Während die CDU nach dem Vorbild Sachsens und Thüringens auf eine allgemeine Verkürzung der Schulzeit setzt, plädiert die SPD im Sinne einer weiteren Differenzierung der Schullandschaft für eine freiwillige Verkürzung. Jede einzelne Schule, so der bildungspolitische Leitanspruch für den Nürnberger Bundesparteitag, soll selbst entscheiden können, ob sie das Abitur nach 12 oder 13 Jahren machen lässt.

darin liegen, dass die Grundschullehrerausbildung ganz aus den Hochschulen ausgelagert und wieder als Fachhochschulstudiengang etabliert wird. Das würde zusätzliche Kosten sparen. Die Umstellung auf das BA/MA-Modell wird allerdings nicht überall so schnell verlaufen. Die Ingenieurwissenschaften leisten bislang hinhaltenen Widerstand, der nicht so leicht zu brechen sein wird. Langfristig wird der Prozess aber wohl nicht aufzuhalten sein, da energischer und vor allem breiter Protest nirgends zu beobachten ist.

Dasselbe Gutachten, das die Umstrukturierung der Lehrerausbildung vorschlägt, plädiert auch für die endgültige Abschaffung der Gesamthochschulen. Die für die Gesamthochschulen entscheidenden Y-Studiengänge, in denen Fachoberschulabsolventen die Möglichkeit geboten wird, nach dem Vordiplom in einem universitären Studiengang weiter zu studieren, sollen geschlossen, die Gesamthochschulen selbst in Universitäten umgewandelt werden. Für die meisten Gesamthochschulen bedeutet das eine Reduzierung der Studierendenzahl um ein Viertel bis ein Drittel. Widerstand regt sich dennoch kaum. Wuppertals Rektor Ronge glaubt auch mit 7000 von den bisherigen 11.000 Studierenden überleben zu können (FR vom 22.3.2001), obwohl die Kommission im Falle Wuppertals indirekt sogar für die Umwandlung in eine Fachhochschule votiert. Das Ende der Gesamthochschulen interessiert offenbar kaum jemand. Protest ist jedenfalls nicht zu sehen. Ein Stück Bildungsreform und Chancengleichung verschwindet einfach so.

Parallel zur Umstrukturierung der Studiengänge ist auch eine durchgreifende Umstrukturierung der Hochschulgremien vorgesehen oder sogar bereits eingeführt. In vielen Bundesländern, führend sind diesbezüglich mit Bayern, Hessen, Hamburg und Niedersachsen jeweils zwei christdemokratisch und zwei sozialdemokratisch regierte Länder, werden die Hochschulleitungen stark verkleinert und mit mehr Kompetenzen ausgestattet. Die Präsidenten und Dekane bekommen erheblich mehr Macht als früher und die von den Hochschulmitgliedern gewählten Gremien wie Fachbereichsrat oder Senat verlieren an Einfluss. Diese Zentralisierung von Macht wird ergänzt durch die Installation sogenannter Hochschul- oder Stiftungsräte, die aus externen Vertretern vor allem aus der Wirtschaft bestehen und bei allen wichtigen Entscheidungen zumindest ein Veto-Recht besitzen, wenn sie nicht sogar entscheidenden Einfluss nehmen können. Selbst verglichen mit der bisherigen Struktur, die im Unterschied zu den Reformvorstellungen der sechziger Jahre den Professoren in allen Gremien die Mehrheit sicherte, ist das ein großer Schritt in Richtung Entdemokratisierung und direkter Einflussnahme durch das Kapital. Der in dieser Hinsicht besonders forsche niedersächsische Wissenschaftsminister Thomas Oppermann spricht denn auch ganz unverblümt von der notwendigen Abschaffung der »Be-

Britische Gesamtschulen sollen wieder Leistung und Profil zeigen

Das Fanal zur Revolution war eine mit milder Stimme vorgetragene Rede. Der britische Premier Tony Blair erklärte vor 70 nach Downing Street 10 geladenen Schuldirektoren, die Comprehensive School, die britische Version der Gesamtschule, sei am Ende. Nur eine kleine Minderheit der Schüler erziele gute Abschlüsse: »Der Anteil derer, die scheitern, ist zu hoch.« Alastair Campbell, Blairs brücker Pressesprecher, drückte sich weniger gediegen aus; er sprach schlicht vom »Gesamtschulsumpf«.

Stattdessen hat die Regierung Blair für die pädagogische Postmoderne Folgendes geplant: Alle Schulen werden ungleich. Zwar wechselt nach wie vor jedes Kind nach sechs Grundschuljahren auf eine Sekundarschule. Doch schon in fünf Jahren soll sich die Hälfte aller Gesamtschulen auf eine Fachrichtung spezialisiert haben, etwa auf Sprachen, technische Fächer oder Handel und Gewerbe. Die andere Hälfte soll als Gesamtschule fortbestehen, jedoch differenzierte »Qualitätsschwerpunkte« entwickeln, zum Beispiel in Musik oder Kunst.

Blair scheut sich nicht, die Schwerpunkte als »Verkaufsanreize« im Wettbewerb um Schüler zu bezeichnen. Jede Schule solle ein »individuelles Ethos«, eine »individuelle Berufung« anbieten, die in einem Schulmotto oder unverwechselbaren Schuluniformen ihren Ausdruck findet. 500 besonders geförderte »Leuchtschulen« sollen – das Projekt ist bereits angelaufen – zur Verbreitung bester pädagogischer Praktiken beitragen. Sie geben leistungsschwächeren Schulen Orientierungshilfen durch gemeinsame Seminare und Fortbildungstage, durch Beratung und Erfahrungsaustausch. Hochleistungsschulen qualifizieren sich für extra Geldmittel. Und es ist geplant, die allerbesten Schüler in einer »Akademie« auf Spitzenleistung zu trimmen. Schlechte Schulen werden privatisiert oder von gemeinnützigen Organisationen übernommen, eine in Pilot-schulen bereits erprobte Methode. »Die Zeit«, Nr. 11/2001 ■

troffenheitsdemokratie« in den Hochschulen. Das frühere Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und der jetzige CDU-Schatzmeister Ulrich Cartellieri sieht als neuer Vorsitzender des Universitätsrats der Universität Heidelberg die Aufgaben dieses Gremiums vergleichbar denen einer Institution, die zwischen Vorstand und Aufsichtsrat angesiedelt ist. Welchen Einfluss man in Zukunft zu nehmen gedenkt, wird durch eine solche Äußerung klar.

Der Einfluss der Wirtschaft auf die Hochschulen wird auch noch auf einem weiteren Weg deutlich gestärkt. Die finanzi-

Zweite Chance kostet Geld

TAZ 20.6.01

Die schleswig-holsteinische Regierung erwägt, Abendschulen zu schließen ■

Mit der ersten Klasse fing es an und endete mit der dreizehnten und dem Abitur. Das war das, was die Freunde auch machten und niemals einen hinterfragenden Gedanken wert. Bei Thomas Gijzum ist das anders. Er geht zur Schule, wenn anderen frei haben. Wenn Zeit über wäre, für

Tonlose Schule

TAZ 18.6.01

Wegen LehrerInnenmangels: Eltern aus dem Schanzenviertel bezahlen den Musikunterricht für ihre Kinder ■ Vor

Polizei

TAZ 22.6.01

Protest lo
Rund 5.000 B
Lehrer privater
len haben gester
Innenstadt für
che finanzielle
monstriert. Sie
die Novelle de
setzes für Sch

elle Ausstattung der Hochschulen wie auch einzelner Fachbereiche und Fächer soll anhand der erbrachten Leistungen neu geregelt werden. Wie solche Leistungen definiert werden sollen, ist bislang unklar. Klar ist aber schon, dass die eingeworbenen Drittmittel ein entscheidendes Kriterium sein werden. Wer viele Drittmittel einwirbt, soll auch die meisten öffentlichen Gelder bekommen. Der neue Präsident der Frankfurter Universität, der Jurist Rudolf Steinberg, sagt ganz eindeutig: »Wer hat, dem wird gegeben.« Da die Drittmittel zum größten Teil aus der Wirtschaft stammen, werden also vor allem jene profitieren, die über enge Kontakte zur Wirtschaft verfügen. Die interne Differenzierung wird dadurch enorm vorangetrieben. Wenn wie in Frankfurt die Universität in verschiedene Bereiche (in Frankfurt derer vier: Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Gesellschafts- und Kulturwissenschaften, Naturwissenschaften und Medizin) unterteilt wird, die jeder für sich den Großteil der Verantwortung für die Mittel bekommen, dann steht der Hauptverlierer schon jetzt fest: die Gesellschafts- und Kulturwissenschaften.² Aber auch zwischen den Universitäten werden sich die Unterschiede erheblich vergrößern. So dürften in den Ingenieurwissenschaften klassische TUs wie etwa Aachen oder Darmstadt ungleich größere Chancen haben, an Drittmittel und damit auch staatliche Mittel zu kommen, als Neugründungen wie Kassel oder Duisburg.

Die Entwicklung dürfte damit auf Dauer der an den Schulen gleichen. Die begünstigten Hochschulen werden nicht nur mehr Mittel erhalten, sie werden damit auch die besseren Professoren und Studierenden rekrutieren können. Es entsteht für die benachteiligten Hochschulen ein Teufelskreis. Sie bekommen weniger Geld, verlieren deshalb die guten Leute und Studierenden und so weiter von Jahr zu Jahr. Dieser Prozess wird sowohl durch das geplante »leistungsbezogene« Aufbrechen der noch relativ einheitlichen Besoldung für Professoren wie auch durch die vorgesehene schrittweise Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen zusätzlich erleichtert. Vor allem letzteres ist für die Differenzierung von großer Bedeutung. Wenn der ehemalige Präsi-

dent der TU München, Wolfgang Hermann, fordert, dass die Zahl der Studierenden in Fächern wie Informatik durch individuelle Eignungsfeststellungsverfahren der Universitäten drastisch gesenkt werden soll, dann vermittelt das einen ersten Eindruck von dem, was angestrebt wird.³ Auswahl durch die Universitäten selbst heißt, dass die bei den Studierenden begehrten Hochschulen wie München sich die besten Studierenden aussuchen können und die anderen mit dem Rest vorliebnehmen müssen. Die Unterschiede zwischen den Universitäten werden dadurch weiter zunehmen.

Die u.a. vom Centrum für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung, aber auch vielen Bildungspolitikern verlangten regelmäßigen Rankings nach US-Vorbild würden das dann endgültig zementieren. Wie in den USA würde sich innerhalb von zwei oder drei Jahrzehnten ein System mit wenigen Spitzenuniversitäten und vielen mittelmäßigen oder schlechten Hochschulen herausbilden. Die Kinder aus den oberen Schichten und Klassen würden wie in den USA die besseren Universitäten besuchen, die anderen müssten auf die schlechteren. Vorstellungen von einer Stiftungsuniversität nach US-amerikanischem Muster, wie sie zum Beispiel Niedersachsen Wissenschaftsminister Oppermann vertritt, verstärken all das noch. Wenn die Hochschulen ihr Budget auf Dauer zu einem großen Teil durch Gewinne aus ihrem Stiftungsvermögen (Gebäude und Grundstücke) sowie Spenden bestreiten sollen, zieht sich der Staat aus seiner Verantwortung weitgehend zurück und überlässt das meiste dem »freien Spiel der Kräfte«.⁴ Abgesehen von den Risiken, die eine solche Konstruktion für alle Hochschulen beinhaltet, weil das Vermögen angesichts des Zustandes vieler Gebäude häufig nicht allzu viel wert ist, verstärkt sie auf jeden Fall die Ausdifferenzierung in vergleichsweise reiche und relativ arme Universitäten.

Kein Widerstand zu sehen

All diese Veränderungen erfolgen weitgehend reibungslos. Nennenswerter Widerstand ist weder an den Schulen noch an den Hochschulen zu erkennen. Für diese Ruhe gibt es mehrere Gründe. Zunächst knüpfen die Umstrukturierungspläne oft ganz geschickt an Frustrationen an, die viele mit den bestehenden Strukturen gemacht haben. Viele Lehrer, Eltern und auch Schüler sehen zum Beispiel in der Profilbildung eine Möglichkeit, sich von den bürokratischen Zwängen zu befreien und ihre eigenen Vorstellungen endlich stärker verwirklichen zu können. Dass in Hamburg sich ungefähr jede zweite Schule ein ökologisches Profil gegeben hat, ist ein Ausdruck dieser Interessen und Hoffnungen. Zahlreiche Schüler und Studierende sind auch von den Vorstellungen der Leistungsauswahl angetan, weil sie glauben, ob zu Recht

2 An der Mannheimer Universität hat die Politik des jetzigen Rektors und des designierten Wissenschaftsministers von Baden-Württemberg, Peter Frankenberger, zugunsten der Wirtschaftswissenschaften und der Informatik bereits dazu geführt, dass die philosophische Fakultät demnächst geschlossen werden wird.

3 Frankenberger bezeichnete in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« vom 8. Mai die Selbstauswahl der Studierenden durch die Hochschulen als einen Schwerpunkt seiner Reformbestrebungen.

4 Oppermann wird dabei von Hamburgs grüner Wissenschaftssenatorin Christa Sager unterstützt. Noch weiter als sie gehen Klaus Landfried, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, der die Hochschulen in GmbHs umwandeln, und Peter Glotz, der einige gleich an die Börse bringen möchte.

Privates Gymnasium Brecht: Neue Chancen für Hochbegabte

Hamburgs erste Schulklasse für besonders begabte Kinder startet im Sommer - Spezielle Förderung, aber auch Soziales Lernen als Unterrichtsfach

17.15.01
WELT

VON DORISRAH KNOR

Nemutz. Immer wenn der Schüler auf eine Frage geantwortet hatte, war alles...

Es sind oft die immer wieder gleichen...

Antisozialer Bildungs-Nachschlag

Ant: GAL und SPD einigen sich auf mehr Geld für Privatschulen

Erste Schulklasse für hoch begabte Kinder

In Hamburg wird es ab dem kommenden Schuljahr die erste Klasse für Kinder mit besonderen Begabungen geben. Das Private Gymnasium Brecht plant, ab August eine zusätzliche fünfte Klasse mit acht Kindern einzurichten, die in einigen Fächern voraussichtlich 16 Schülern. Nachmittags sollen für die besonders begabten Kinder an zwei Tagen statt der Hausaufgabenbetreuung von 13 bis 14 Uhr so genannte Enrichment-Kurse angeboten werden wie zum Beispiel Philosophie, Astronomie oder

tern. Schüler und Hamburger Schu... nachmittags in der... eine höhere staatl... Unterstützung de... dürchten, dass ihnen... s. Hamburger Ge... len privater Träger... ne-berhöfliche finanziel...



Fähigkeiten von... durch Förderung... Privates Gymnas... um Brecht neu... dann sollten d... Lehrer wie über... Biologieunterricht... darauf, dass die... Schüler ihre Fä... kalten methoden... können. Ein Sch... erklärt anhand... eines Maßnahmen... auch die Natur... kette, obwohl d... Unbereitschaft noch... nicht from...

oder zu Unrecht, zu den Gewinnern zu gehören. Dass die FDP letztes Jahr als einzige Partei zahlenmäßig an Mitgliedern gewinnen konnte, und zwar in erster Linie bei den unter 30-jährigen, passt in dieses Bild.

Unter den Betroffenen sind außerdem gerade die, die zu den Gewinnern zählen dürften, besonders einflussreich. Das gilt zum Beispiel für die Eltern, wo gerade die bürgerlichen Kreise von einer Differenzierung der Bildungslandschaft eine Verbesserung der Lage für ihre Kinder erwarten dürfen. So kann man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die alle Wohlhabenderen begünstigende Steuerpolitik kann so bleiben, wie sie ist, und die eigenen Kinder sind im Unterschied zu bisher von den Folgen nicht mehr betroffen; denn die nicht zuletzt aufgrund der fehlenden Steuereinnahmen sinkenden Mittel für die Bildung kommen bei zunehmender Differenzierung in erster Linie dem eigenen Nachwuchs zugute. Auch an den Hochschulen sind die stärksten Bataillone, die der Betriebswirte, Ingenieure, Juristen und Mediziner, eher auf seiten der potentiellen Gewinner zu finden. Die Geisteswissenschaftler als Hauptverlierer haben es schwer, selbst wenn sie dazu bereit wären, gegen diese Front der Befürworter etwas durchzusetzen.

In den neuen Bundesländern wird mit manchen Elementen der Bildungspolitik bewusst an alte DDR-Traditionen erinnert, die von der Mehrheit der Bevölkerung bis heute als sinnvoll angesehen werden. Das weckt bei vielen positive Gefühle und sichert damit Unterstützung, so beispielsweise beim Abitur nach zwölf Jahren. Nach der Zerschlagung des

DDR-Bildungssystems Anfang der neunziger Jahre ist es jetzt ungefährlich, solche Traditionen scheinbar wieder aufleben zu lassen. Widerstand kommt schließlich auch deshalb nicht zustande, weil ein großer Teil derjenigen Lehrer und Hochschullehrer, die den Veränderungen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, deutlich über 50 Jahre alt ist und deshalb für sich beschlossen hat, die Zeit bis zur Pensionierung einfach abzusitzen. Bei vielen ehemals Engagierten, vor allem an den Gesamtschulen und Gesamthochschulen, spielt außerdem eine tiefgreifende Desillusionierung über die Möglichkeiten, durch Änderungen im Bildungswesen zugleich die Gesellschaft ändern zu können, eine große Rolle.

Dazu kommt noch die Haltung der Gewerkschaften. Sie protestieren nicht, sondern schweigen oder tragen die Umstrukturierungen sogar mit. Wenn der GEW in Nordrhein-Westfalen zum Pilotprojekt »Selbständige Schule« nur einfällt, die dann möglichen Personalvertretungen an den einzelnen Schulen als Partner für ein »Co-Management« anzubieten, dann ist das symptomatisch für ihre Haltung. Der Beschluss ihres Gewerkschaftstages, von der Vorstellung der Gesamtschule als Regelschule endgültig abzurücken, weist in dieselbe Richtung. Die Aussichten, Widerstand gegen die begonnenen und geplanten Veränderungen zu organisieren, sind also nicht besonders gut. Die Zahl der Opfer dieser neuen »rationellen« Bildungspolitik in Form von Schulversagern, Jugendlichen ohne jeden Schulabschluss etc. wird dementsprechend steigen, die Spaltung der Gesellschaft weiter zunehmen. 28.5.2001 ■

■ GEWERKSCHAFTSTAG BERLIN

Der »Godesberger« Gewerkschaftstag der GEW

Auf dem Godesberger Parteitag der SPD im Jahre 1959 verabschiedete sich die SPD von ihrer marxistischen Programmatik, verabschiedete sich von der Leitvorstellung Sozialismus und entschied sich für Mitbestimmung im Kapitalismus. Sie wurde zur »Volkspartei«.

Auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag der GEW in Lübeck vom 5. bis 9. Mai 2001 verabschiedete die GEW einen Leit Antrag zu den »schulpolitischen Positionen«, der für sie einen, was die Programmatik betrifft, radikalen Bruch mit ihrer bildungsreformerischen Position darstellt, die sie seit den siebziger Jahren eingenommen hatte. Sie verabschiedete sich nach einer hitzig geführten Debatte (Abstimmungsergebnis 213 zu 144 Stimmen) von der Forderung nach einer allgemeinen Einführung der Gesamtschule als Ersatz für das herkömmliche, dreigliedrige Schulsystem und propagiert jetzt »eine Schule für alle«. Damit unterwirft sich die GEW der herrschenden gesellschaftlichen Entwicklung (und der Politik von Rot-Grün), die auf die Rückbildung der vereinheitlichenden Schulreformen der siebziger Jahre zielt (siehe auch den Artikel zur Bildungspolitik in diesem Heft) und insbesondere die Gesamtschulen ins Zentrum des Angriffs rückt¹.

Wie aus einem Schutzwall ein Schutzschild für die Gegner wurde

Natürlich ist es nicht so, dass es heutzutage schon möglich wäre, in der GEW eine offene Position gegen die Gesamtschule durchzubringen. Entsprechend ist auch der letztlich verabschiedete Antrag des Hauptvorstandes gespickt mit

Bezugnahmen auf die Gesamtschule, die nach wie vor da, »wo immer es schulpolitisch möglich und durchsetzbar ist«, eingeführt werden solle. Ansonsten aber gebe es »keinen Königsweg«, sondern verschiedene Wege zum anzustrebenden Ziel eines »in allen Bundesländern gleichwertigen Bildungsabschlusses nach Klasse 10«.

Interessant ist dabei, dass zu den Unterstützern dieses Antrages viele Gesamtschulbefürworter (u.a. die Bundesvorsitzende der »Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule«) gehörten. Diese glauben, die Gesamtschule dadurch verteidigen zu können, dass man sie bildungspolitisch sozusagen aus der Schusslinie nimmt, indem man auf die weitest gehende Forderung nach ihrer flächendeckenden Einführung verzichtet und »sich gegen alle Tendenzen (wehrt), (...) Gesamtschulen und sechsjährige Grundschulen auszutrocknen«, und so versucht das bildungspolitisch Erreichte zu sichern. Was diese Leute allerdings nicht sehen, ist die gesellschaftliche Dynamik, in der dieser Antrag steht und die aus diesem Antrag keinen Schutzwall zur Verteidigung der Gesamt-

¹ Die folgenden Ausführungen beziehen sich vorwiegend auf die Anträge und Debatten auf dem Gewerkschaftstag. Tatsächlich ist die dort getroffene Entscheidung insofern nicht überraschend, als sie die in den letzten zehn Jahren stattgefunden Entwicklung in der realen Gewerkschaftsarbeit ausdrückt: Rückgang des Gewerkschaftslebens, zunehmende Passivität und Resignation unter den Mitgliedern, Herausbildung einer Funktionärgewerkschaft, Co-Management und Dominanz der Ideologie der Mitgestaltung.

Trotzdem ist die Entscheidung des Gewerkschaftstages bemerkenswert, weil das Ablegen von ideologischen Feigenblättern und das Überschreiten von Schamgrenzen immer noch einen Schritt bedeuten.

schule machte, sondern unter der Hand in einen Schutzschild für diejenigen verwandelte, die Gegner der Gesamtschule und eines einheitlichen Schulwesens sind.

Wenn der Hauptvorstands-Antrag im Jahre 1968 gestellt worden wäre, wäre er ein progressiver, für die damalige Zeit fast revolutionärer Antrag gewesen, da er Gesamtschulen da gefordert hätte, wo möglich, und für die übrigen Schulen eine Orientierung am Prinzip Gesamtschule gefordert hätte. Er wäre deshalb progressiv gewesen, weil er eine gesellschaftliche Dynamik im Rücken gehabt und einen wichtigen Schritt nach vorne in Richtung Gesamtschule als allgemeines Schulsystem bedeutet hätte.

Im Jahre 2001 ist derselbe Antrag aber nicht mehr progressiv, sondern rückschrittlich, weil er in einer anderen gesellschaftlichen Situation mit einer anderen Dynamik gestellt wird. Heute sind die gesellschaftlichen Triebkräfte nicht auf Ausweitung des Bildungswesens, sondern auf Einschränkung, nicht auf Vereinheitlichung des Schulwesens, sondern auf dessen Differenzierung, nicht auf mehr Chancengleichheit, sondern auf Verstärkung der Ungleichheit gerichtet.

Die Utopie Gesamtschule

Die Bildungsreform der siebziger Jahre speiste sich aus zwei Quellen: Zum einen die von wesentlichen Kräften der Wirtschaft gesehene Gefahr einer »Bildungskatastrophe« (so zum Beispiel der CDU-Politiker Picht in seinem gleichnamigen Buch in den sechziger Jahren), die auf den fehlenden wissenschaftlichen Nachwuchs hinwies, der die BRD in der internationalen Konkurrenz ins Hintertreffen bringen würde.

Zum anderen aber die Studentenbewegung um 1968, die einen gesellschaftsverändernden Willen in sich trug. Zwar scheiterte die Gesellschaftsveränderung, aber sie hatte doch ihren reformerischen Niederschlag gefunden u.a. in der Ausweitung des Bildungswesens und vor allem in der Einführung der Gesamtschulen unter der Losung der »Herstellung der Chancengleichheit«.

Natürlich war diese »Lösung« der grundsätzlichen Gesellschaftskritik typisch sozialdemokratisch, indem sie so tat, als ließen sich die Probleme der kapitalistischen Klassengesellschaft (zum Beispiel die Benachteiligung von Arbeitern) auf dem Umweg über eine Veränderung des Schulsystems lösen (zum Beispiel durch gezielte Förderung von »Unterschichtskindern«). Aber immerhin blieb der gesellschaftsverändernde Impuls – wie entsteht auch immer – in Gestalt der Gesamtschule erhalten. Es gibt hier eine gewisse Analogie zu den Betriebsräten, denen man es heute auch nicht mehr ansieht, dass sie aus der revolutionären Rätebewegung nach dem Ersten Weltkrieg stammen, und die gewissermaßen zu Zwecken der Mitbestimmung gebrauchte Zeugen ihrer revolutionären Geburtsumstände darstellen.

Mittlerweile ist klar geworden, dass die gesellschaftlichen Unterschiede sich – allen Illusionen über das Schulwesen zum Trotz – nicht angeglichen haben, sondern dass die Klassenverhältnisse wieder deutlicher werden. Dazu hat auf dem Gebiet der Schulentwicklung nicht zuletzt die Sparpolitik der Länder in den letzten 20 Jahren beigetragen, die vor allem die existierenden Gesamtschulen in ihrem Kern getroffen hat, da es natürlich teurer ist, benachteiligte Schüler fördern zu wollen, als wenn man das nicht vor hat. So können die Gesamtschulen lange nicht mehr das auch nur versuchen, was eigentlich mal ihr Konzept war, die enga-

gierte Lehrerschaft ist größtenteils verbraucht und aufgerieben, und auch die Eltern haben die gesellschaftliche Entwicklung nachvollzogen: Wer irgendwie kann, meldet sein Kind auf einem Gymnasium an, für die Gesamtschulen bleiben die »Schwächeren« übrig und damit ist die Gesamtschule keine »Gesamt«-Schule mehr, sondern eine »Restschule«.

In der bildungspolitischen Debatte der letzten Jahre taucht diese Entwicklung aber auf den Kopf gestellt auf: Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse haben die Idee der Gesamtschule scheitern lassen – nein, die Gesamtschule hat versagt, weil sie die Klassengesellschaft nicht beseitigt hat! Es wird eine Scheindebatte um die Vorteile und Nachteile der Gesamtschule geführt, die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Entwicklung wird praktisch nicht mehr in Betracht gezogen. Es ist klar, dass bei einer solchen Betrachtungsweise die Gesamtschule immer der Verlierer sein muss.

Für die GEW als Gewerkschaft hat diese Debatte aber einen grundlegenden Charakter, da sie sich in den siebziger Jahren als eine Organisation entwickelt hat, die die Bildungsreform mit dem Ziel, Chancengleichheit und diese vor allem mit der flächendeckenden Einführung der Gesamtschulen herzustellen, als wesentlichen Inhalt hatte. Praktisch gab die Forderung nach Einführung der Gesamtschule der GEW ihre Identität. Das betrifft aber fast nur die GEW der alten Bundesrepublik, die nach wie vor die Mehrzahl der Mitglieder und der Delegierten auf dem Gewerkschaftstag stellt, kaum aber die GEW in den neuen Bundesländern. In der DDR gab es die polytechnische Oberschule, zwar auch eine Art Gesamtschulsystem, aber doch anders geartet und mittlerweile zerschlagen, so dass sich daran schlecht anknüpfen lässt. Außerdem kannte die DDR ein System von Schulen für besonders Begabte in verschiedenen Bereichen (zum Beispiel Sport, Musik), das eher den jetzigen Forderungen nach unterschiedlichen Schulen für unterschiedlich Begabte entsprach als den Forderungen nach einem einheitlichen Schulsystem für alle. Im übrigen brennen den KollegInnen in den neuen Ländern vor allem materielle Probleme auf den Nägeln (zum Teil bekommen sie nur die Hälfte des Westgehaltes wegen Zwangsteilzeit). Das drückte sich auch in der Diskussion und im Abstimmungsverhalten auf dem Gewerkschaftstag aus, die große Mehrheit der Delegierten aus den neuen Bundesländern stimmte für den Antrag des Hauptvorstandes.

Da die Gesamtschule als Utopie der GEW ihre Identität gab, war die Diskussion um den Antrag des Hauptvorstandes, der die Forderung nach Einführung der Gesamtschule aufgab, eine Diskussion um das Selbstverständnis der GEW.

Der »Gondermann-Antrag«

Gegen den Antrag des Hauptvorstandes stand ein Antrag, der u.a. eingebracht war von der Bundesfachgruppe Gesamtschulen und ihrer Vorsitzenden Susanne Gondermann und der explizit die Forderung formulierte, dass für die GEW die Gesamtschule die Utopie bleiben solle. Dieser Antrag hatte bereits im Vorfeld des Gewerkschaftstages für Furore und Aufregung gesorgt, weil er das aufdeckte, was bisher vielen nicht so klar gewesen war: Der Antrag des Hauptvorstandes ließ die Gesamtschule als Zielvorstellung für das deutsche Schulwesen fallen. Damit wurden der Gondermann-Antrag und vor allem auch Susanne Gondermann selbst zur Hauptzielscheibe der Kritik: Querulantin, Störenfried, Sektierer,

bornierte Gesamtschultante usw. waren, zugespitzt, die Vorwürfe, die offenbarten, dass der Hauptvorstand gehofft hatte, der Richtungswechsel würde als solcher gar nicht bemerkt werden. Das gipfelte dann in der zum Beispiel in Hamburg auf der Landesdelegiertenversammlung Ende April geäußerten Warnung in der Art einer vorweggenommenen Dolchstoßlegende, dass der Gondermann-Antrag und dessen Befürworter die Schuld daran tragen würden, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, die GEW verabschiede sich von der Gesamtschule!

Auf der anderen Seite trug der Gondermann-Antrag dazu bei, die Diskussion auf den Kern zu bringen und diejenigen zu sammeln, die nicht so ohne weiteres bereit waren, sich von der Gesamtschule und der grundsätzlichen Reform des Bildungswesens loszusagen.

Vom Klassenstandpunkt aus betrachtet ist natürlich die Vorstellung illusionär, in einer kapitalistischen Gesellschaft eine Schule einführen zu können, die Chancengleichheit verwirklicht. Das hat übrigens auch nicht in der DDR geklappt. Ende der fünfziger Jahre hatte man dort tatsächlich so etwas ähnliches wie gesellschaftliche Chancengleichheit erreicht, als über 50 Prozent der Studierenden Arbeiterkinder waren, aber dieser Anteil wurde in der Folgezeit immer mehr zurückgeschraubt auf 1989 nur noch etwa sieben Prozent, weil man meinte, nicht so viele qualifizierte Bildungsabschlüsse zu brauchen (vgl. das Buch von Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*. Opladen 1996, S. 264ff). Letztendlich setzt Chancengleichheit eine Aufhebung der Klassengesellschaft voraus.

Immerhin zeichnet den Gondermann-Antrag aber aus, dass er die Entwicklung im Schulwesen der Bundesrepublik richtig analysiert, von der Selektionsaufgabe der Schule spricht und als Aufgabe benennt, der Entwicklung entgegenzutreten und die Selektionsfunktion der Schule zu überwinden. Diese Tatsache und das Fehlen einer klassenbewussten Bewegung und damit einhergehend das Fehlen einer Diskussion um eine sozialistische Alternative machten es für Linke in der GEW unabdingbar, zum jetzigen Zeitpunkt den Gondermann-Antrag zu verteidigen und zu unterstützen.

Der Hauptvorstand heult mit den Wölfen

Demgegenüber zeichnet sich der vom Gewerkschaftstag verabschiedete Antrag des Hauptvorstandes dadurch aus, dass ihm jegliche Analyse der schulischen Entwicklungstendenzen fehlt, dass er die Selektionsfunktion der Schule mit keinem Wort anspricht und im übrigen ein Sammelsurium sich widersprechender Wunsch- und Zielvorstellungen darstellt und so letztlich zur bildungspolitischen Kapitulationserklärung gerät.

So wird einerseits gesagt: »Die GEW lehnt eine vom Konkurrenzprinzip beherrschte marktformige Organisation des allgemeinbildenden Schulwesens ab«, andererseits spricht man von »den Bedingungen der Europäisierung und Globalisierung der Märkte«, unter denen das Schulwesen stehe. Also einerseits will man Konkurrenz nicht, andererseits akzeptiert man die verschärfte internationale Standortkonkurrenz, denn Globalisierung ist nichts anderes, als Bedingung.

Diese Akzeptanz der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hat ihre Konsequenz: Schulen sollen die Schüler darauf vorbereiten, »Phasen von Berufstätigkeit und Erwerbslosigkeit eigenverantwortlich managen zu können«, womit

zum einen die Arbeitslosigkeit grundsätzlich akzeptiert wird und zum anderen auch noch in die Verantwortung des einzelnen gestellt wird, indem man sie »managen können« soll.

Man will zwar die Gesamtschule nach wie vor, aber sie ist nicht mehr der »Königsweg«, sondern muss mit allen anderen Schulen »auf den Prüfstand« (was wird dabei wohl herauskommen?), im übrigen nennt man jetzt das Ziel »eine Schule für alle«, das heißt jede Schule, ob Haupt-, Real-, Gesamtschule oder Gymnasium soll versuchen, die an sich als richtig empfundenen Prinzipien der Gesamtschule für sich umzusetzen. Wie das gehen soll, nachdem es insgesamt nicht gelungen ist, Gesamtschulen durchzusetzen, dass jetzt jede einzelne Schule für sich eine kleine Gesamtschule werden soll, bleibt das Geheimnis der Verfasser. Die Lehrer sollen jetzt lernen in »heterogenen« Klassen unterrichten zu können, soll heißen, Schülern mit unterschiedlichem Leistungsstand ein auf sie zugeschnittenes Lernprogramm anzubieten. Das sollen sie im Jahre 2001, in dem alle Tendenzen in den Schulen darauf hinzielen, Heterogenität dadurch zu beseitigen, dass die Auslese wieder verschärft wird und Schüler, die nicht mitkommen, gnadenlos ausgesiebt werden!

Chancengleichheit wird zwar als Ziel noch postuliert, im Grunde aber delegiert an die Politiker (*»Chancengleichheitspläne als verbindlicher Bestandteil von Regierungshandeln«* sollen eingeführt werden), und an die Universitäten, wo *»Chancengleichheitsforschung als eigener interdisziplinärer Forschungszweig«* eingerichtet werden soll.

Schließlich entdeckt man auch noch das Internet, um damit etwas Uraltes und schon lange Untergegangenes wieder zum Leben erwecken zu wollen. *»Die GEW organisiert über das Internet ein SchulNetz GEW, dem sich alle Schulen anschließen können, die sich für ihre Entwicklung auf die pädagogischen und schulpolitischen Grundsätze der GEW verständigen.«* Also einerseits Verzicht auf eine Reformvorstellung für das gesamte Schulwesen, und andererseits der Versuch die Reform selbst organisieren zu wollen. Was die Arbeiterbewegung vor hundert Jahren mit Bau- und Einkaufsgenossenschaften begann und in den achtziger Jahren mit den Skandalen um die Neue Heimat endete, soll jetzt auf dem Schulsektor mit dem »Schulnetz GEW« fröhliche Urständ' feiern.

Darin drückt sich die ganze Hilflosigkeit und konzeptionelle Unfähigkeit gegenüber der aktuellen Entwicklung aus.

Wie weiter?

Mit dem jetzigen Gewerkschaftstag hat die GEW eine Etappe abgeschlossen, die mit der Studentenbewegung begann und von der Vorstellung geprägt war, über Bildungsreformen die Gesellschaft reformieren zu können. Die GEW hat jetzt auch programmatisch das nachvollzogen, was für die Mehrheit ihrer Funktionäre und Aktiven schon lange Praxis geworden ist: Sich nicht der Entwicklung entgegen zu stellen, sondern mitzugestalten, nicht immer nur »nein« zu sagen und Widerstand zu leisten, sondern konstruktive Gegenentwürfe einzubringen, um auf die Entscheidungen der Kultusbürokratie Einfluss nehmen zu können. Was in Industriegewerkschaften unter dem Stichwort »Co-Management« praktiziert wird, läuft auch in der GEW unter den Schlagworten »Schule verändern«, »Autonomie verwirklichen«, »modernisieren« usw. schon lange und hat jetzt auch ideologisch seinen konsequenten Ausdruck gefunden.

Für die Linken in der GEW heißt das, da die GEW nicht mehr in der Lage ist, eine zu der vorherrschenden Entwicklung entgegengesetzte Alternative anzubieten, sich um die Formulierung einer solchen Alternative zu bemühen. Dabei wird es nicht ausreichen, ausschließlich die Gesamtschule als Utopie zu beschwören, sondern man muss auch die Bedingungen, unter denen eine andere Schule nur gedeihen kann, mit in die alternative Zielvorstellung aufnehmen. Praktisch wird die Aufgabe heißen, überall dort, wo Kollegen sich zur Wehr setzen, weil sie nicht bereit sind, weitere Verschlechterungen ihrer Arbeit und die weitere Entwertung ihrer Arbeitskraft hinzunehmen, Unterstützung zu

organisieren, weil die GEW als Organisation hier versagen wird. Denn nicht mehr der Widerstand gegen die Entwicklung, sondern deren »Management« ist in Zukunft die Richtschnur der Gewerkschaft.

Darüber hinaus gilt es für diejenigen in der GEW, die sich nach wie vor als links begreifen, sich (auch überregional) zu vernetzen und daran zu arbeiten für die GEW eine Perspektive aufzuzeigen, die über die profitorientierte Wirtschaftsordnung hinausweist, die auf dem Konkurrenzprinzip basiert und von daher Menschen nur unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten betrachten kann. 24.6.2001 ■

■ KOLLISIONSKURS IN GRIECHENLAND

Die Ideologie der Modernisierung verliert an Einfluß

»Allein zu Hause«, kommentierte die liberale »Eleftherotypia« die Situation des griechischen Ministerpräsidenten Kostas Simitis nach dem ersten Generalstreik gegen die geplante Rentenreform am 26. April und einem Maifeiertag, der ganz im Zeichen der Konfrontation mit der Regierung stand.¹ Mit dem Vorhaben, das öffentliche Rentensystem endgültig zu demontieren, hatten sich die regierenden Sozialisten gründlich verschätzt. Die geplante »Modernisierung« des Rentensystems, an der schon 1993 die konservative Regierung Mitsotakis gescheitert war, sah die drastische Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre bzw. nach 40 Arbeitsjahren vor (bisher 58 Jahre oder nach 35 Jahren in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Dienst sind die Regelungen weitaus besser; das Durchschnittsalter beim Renteneintritt beträgt 62 Jahre)², sowie die Senkung der Rentenbezüge um 50 Prozent und mehr. Es sei dabei angemerkt, dass schon heute 70 Prozent der Renten knapp über der Armutsgrenze von 180.000 Drachmen liegen. Das ist weniger als 1100 DM, wobei die Lebenshaltungskosten teilweise mitteleuropäisches Niveau erreichen. Gegen diese Pläne gab es die größte Massenmobilisierung der letzten 25 Jahre, einige ältere Beobachter verglichen die Beteiligung sogar mit der Iouliana 1965 (dem Kampf gegen die Monarchie) oder der Hochphase des griechischen Bürgerkriegs. Die Streikbeteiligung soll landesweit bei mehr als 85 Prozent gelegen haben, wobei in vielen Bereichen zum erstenmal seit Jahrzehnten überhaupt gestreikt wurde.

Athen erlebte mit 50.000 Teilnehmern die größte Demonstration seit dem Ende der Diktatur 1974 (die Agentur Reuters sprach sogar von 100.000). Unter dem Eindruck dieser Bewegung sah sich die Regierung Simitis zu einem sofortigen »Einfrieren« der Pläne gezwungen.

Bei dem Versuch, im Exekutivbüro der PASOK ein Komitee für die Handhabung des heißen Eisens »Rentenversicherungen« zu bilden, erlebte Simitis seine erste parteiinterne Niederlage. Außer dem Wirtschaftsminister Papantoniou war keiner der PASOK-Funktionäre bereit, Simitis in der Rentenfrage zu unterstützen oder auch nur mit dem Thema etwas zu tun haben zu wollen. In Meinungsumfragen sank die PASOK auf ein historisches Tief mit einem Zuspruch von nur 25,3 Prozent.



Nach dieser ersten schweren politischen Niederlage bemühte sich die Regierung um Schadensbegrenzung: Neben einer weiteren Deckung der Defizite durch den Staat stellte sie den Erhalt der bisherigen tripartistischen Finanzierung (Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Staat) in Aussicht. Die Diskussion um mögliche Steuererhöhungen verweist aber darauf, dass es einen »Dialog ohne Voraussetzungen« nicht geben wird. Die Gewerkschaften hingegen positionieren sich für erneute Verhandlungen mit einer Studie des gewerkschaftseigenen Instituts der Arbeit, nach der das Hauptproblem nicht in den Ausgaben, sondern den mangelnden Einnahmen liege. Mehr als eine Mio. Menschen, das sind etwa 25 Prozent der Arbeitnehmer, seien nicht versichert.³ Geflis-

1 »Eleftherotypia« vom 7.5.2001. 2 »Athener Zeitung« vom 27.4.2001
3 »To Vima« vom 15.5.2001.

sentlich wird dabei übersehen, dass mit staatlicher Billigung und gesetzlich sanktioniert viele Unternehmen (auch staatliche) ihre Rentenversicherungsbeiträge nicht oder nur teilweise bezahlen.

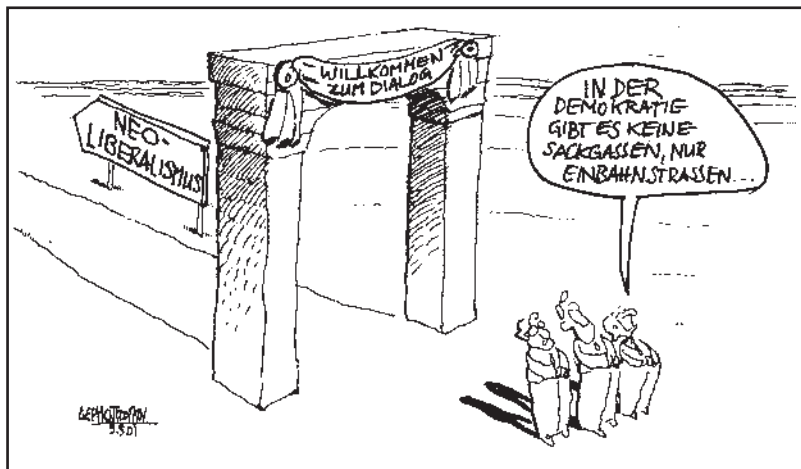
Das Ende der Auseinandersetzung, das ist abzusehen, ist noch lange nicht erreicht. Der Generalstreik vom 17. Mai, der eine ähnlich hohe Beteiligung verzeichnete,⁴ verdeutlicht die Brisanz des Themas. Die Proteste gegen die Regierung erreichten sogar diesmal eine neue Dimension durch die Beteiligung kleiner Gewerbetreibender wie Ladenbesitzer und Taxifahrer; der Widerstand der Studenten gegen die angebliche »Höherstufung« der Fachhochschulen (im Prinzip läuft diese Reform auf eine Abwertung der Abschlüsse hinaus) eröffnete zudem eine weitere Front.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften – der soziale Dialog über die Rentenreform ist vorläufig auf September verhandelt worden – wird zeigen, ob der Regierung Simitis eine dauerhafte Niederlage beigebracht worden ist. Ein wie auch immer gearteter Kompromiss wird den Konflikt nicht aus der Welt schaffen. Die Krise der »Modernisierer« scheint eine neue Qualität erreicht zu haben.

Für die griechische Linke stellt der geplante Beitritt Griechenlands zur Europäischen Währungsunion eine historische Herausforderung dar. Die mit der Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien verbundene Durchsetzung neuer Formen gesellschaftlicher Herrschaft hat in den neunziger Jahren mehrfach zu schweren sozialen und politischen Konflikten geführt. Bisher konnte sich die Ideologie der »Modernisierung« noch unangefochten behaupten. Durch die politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Zeit hat das Selbstbildnis des politischen Establishments in Griechenland jedoch erhebliche Kratzer bekommen. Die Ereignisse im Spätsommer 2000 haben die sozialen Gegensätze der griechischen Gesellschaft wieder an die Oberfläche treten lassen.

Nach dem überraschend deutlichen Wahlsieg im April 2000 war die Position der regierenden PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung) unter Premierminister Kostas Simitis unangefochten. Mit dem Fortgang der großen öffentlichen Bauvorhaben – neben den Vorbereitungen auf die Olympiade 2004 auch die Brückenverbindung Rio-Antirio, die West-Ost-Nationalstraße in Nordgriechenland, der neue Athener Flughafen in Spata und die Teileröffnung der neuen Athener Metro – und nicht zuletzt mit der Aussicht auf einen raschen Beitritt zur Europäischen Währungsunion schien die PASOK ihrem Image als politische Kraft der »Modernisierung« gerecht zu werden. Die soziale Zerrissenheit der griechischen Gesellschaft war aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt.

Zwei Ereignisse im September brachten schließlich die Regierung auf ihrem Kurs ins Schlingern: Zum einen der Schiffbruch der Fähre »Express Samina«, die zu der Reederei Minoan Flying Dolphins (MFD) gehört, welche das Fährgeschäft in der Ägäis dominiert. Zum anderen das vom Kultusminister Pangalos in Umlauf gesetzte Gerücht, ein führendes Parteimitglied habe sich von einem bekannten Industriellen auf dessen Yacht einladen lassen. Das Führungsglück legte die skandalösen Geschäftspraktiken der griechischen Reedereien sowie deren Verfilzung mit dem Ministerium für Handelsschifffahrt offen. Trotz immer wieder vereinzelt

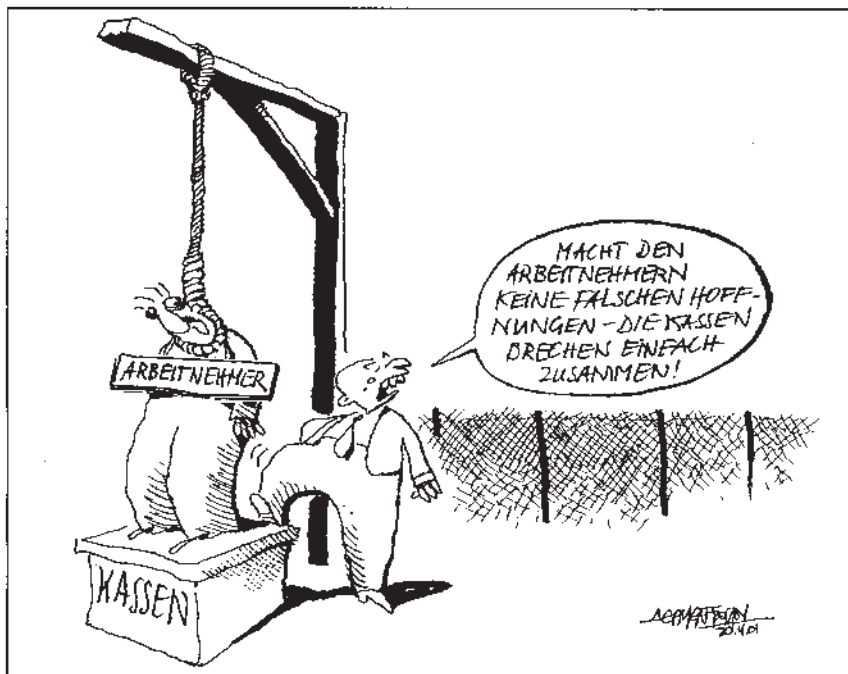


geäußert Kritik an den Sicherheitsstandards der vielfach überalterten Fähren, mit denen die Routen in der Ägäis bedient werden, wurden diese »Modernisierungsdefizite« jahrelang von der Regierung gedeckt.⁵ Und auch als durch den Untergang der »Express Samina« Menschenleben zu beklagen waren, bemühte sich die um das Tourismusgeschäft besorgte Regierung Simitis vorrangig um Schadensbegrenzung. Im Unterschied zum Erdbeben im September 1999, als es den staatlichen Stellen zumindest gelang, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, sah sich die PASOK diesmal einer breiten öffentlichen Kritik ausgesetzt.

Die Äußerungen des ehemaligen Außenministers Pangalos hingegen lösten einen beispiellosen innerparteilichen Machtkampf aus, dessen Hintergrund die Auseinandersetzung führender griechischer Wirtschaftsgruppen um die Aufteilung des Kommunikations- und Energiesektors bildet. Diese »Yacht-Messerstechereien« (so die konservative Tageszeitung »Kathimerini«) fügten der Ideologie einer über den Partikularinteressen schwebenden, nur der ökonomischen Vernunft verpflichteten Regierung der »Modernisierer« erheblichen Schaden zu und dürften der PASOK noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Ein Rückblick auf den Auf-

4 Nach der »Prin« vom 20.5.2001 berichteten Gewerkschafter, die Arbeiter würden keine Bereitschaft zeigen, zurückzuweichen. Bei ähnlich hoher Streikbeteiligung sollen an der zentralen Demonstration in Athen etwa 40.000 Menschen teilgenommen haben.

5 Tatsächlich ist die schrankenlose Ausnutzung von Mensch, Material und Natur kein Problem gesellschaftlich rückständiger Verhältnisse oder mangelnder Konkurrenzfähigkeit. Die Minoan Flying Dolphins, bis 1997 eine Betreibergesellschaft weniger Tragflügelboote, hat in den letzten Jahren systematisch Konkurrenzunternehmen mit größtenteils überalterten Flotten übernommen, obwohl absehbar war, dass bis zur Öffnung des Fährgeschäfts in der Ägäis 2002 alle älteren Schiffe per Gesetz aus dem Verkehr gezogen würden. Der MFD ging es bei dieser Strategie darum, mit geliehenem Kapital den Markt zu monopolisieren und durch den Betrieb alter, das heißt abgeschriebener Schiffe die Beschaffung neuer Hochgeschwindigkeitsfähren zu finanzieren. Das Resultat dieser Geschäftspraxis ist eine Zweiteilung der MFD-Flotte in einen modernen Teil, mit dem die Transportbedürfnisse des zahlungskräftigeren Publikums bedient werden, und einen veralteten, dem die breiten Massen ihre Seelen verkaufen dürfen. Die zum Teil chronisch kapitalschwachen Reedereien wurden für den Verlust ihrer Unabhängigkeit mit umfangreichen Beteiligungen an der MFD entschädigt, was nicht unbedingt selbstverständlich gewesen war: In der Vergangenheit wurde die Konkurrenz im Reedereigeschäft nicht selten mit bezahlten Killern ausgetragen – ein gutes Beispiel übrigens für den volkswirtschaftlichen Nutzen der Konkurrenz auf dem »freien Markt«. Die Verfilzung der MFD mit der Regierungspartei wird unter anderem dadurch deutlich, dass der Präsident der MFD, Kironomou, PASOK-Mitglied und ehemaliger Bürgermeister Iraklions, der größten Stadt Kretas, ist. Vgl. die Ausgaben der »Eleftherotypia« vom 27.9. bis 3.10.2000 und »To Vima« vom 20.10.2000.



stieg der »Modernisierer«-Fraktion innerhalb der Sozialisten verdeutlicht, welche Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse mit diesen Entwicklungen verbunden sind.

Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten die weltmarkt-orientierten Konzerne ihre politische Strategie schrittweise geändert. Der Versuch, die radikale Demontage des griechischen Sozialstaats durch die Unterstützung der konservativen ND (Nea Dimokratia) durchzusetzen, war zu Beginn der neunziger Jahre am Widerstand der Gewerkschaften mit dem Sturz der Regierung Mitsotakis gescheitert. Unter diesen Umständen gewann die Position, nicht mehr eine bestimmte Partei, sondern die kapitalfreundlichen Fraktionen in allen Parteien durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu fördern, erheblich an Bedeutung. Die von allen Parteien einschließlich der parlamentarischen Linken getragene Einführung des privaten Fernsehens und Rundfunks, mit der das bisher von der PASOK dominierte staatliche Rundfunkmonopol aufgebrochen wurde, bildete dazu einen wichtigen Hebel. Die führenden griechischen Konzerne stiegen ins Mediengeschäft ein und begannen, in immer stärkerem Maße, die »Modernisierer« in der PASOK zu unterstützen, die sich nach dem Tod von Andreas Papandreou mit der Wahl von Kostas Simitis zum Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten im Kampf um die Parteiführung durchsetzen konnten. Ein wichtiger Faktor in dieser innerparteilichen Auseinandersetzung spielte auch der Gewerkschaftsflügel der PASOK (PASKE), der mit seinem Votum für Simitis erheblich zur Niederlage der »Traditionalisten« in der PASOK um Akis Tsochatsopoulos beitrug. In der folgenden Zeit konnten die »Modernisierer« um Simitis ihre Machtposition stetig ausbauen. Einerseits gelang es ihnen, einzelne Konzerne gezielt auf ihre Seite zu ziehen – etwa durch gesetzliche Neuregelungen, die Unternehmen mit hohen Außenständen bei der öffentlichen Hand wie den Fernsehsender »SKY« gezielt begünstigten. In anderen Fällen wurden staatliche Schlüsselpositionen mit Konzernvertretern besetzt. Dazu sei angemerkt, dass die Beeinflussung des Staatsapparates, besonders in der gegenwärtigen Phase, für

6 Zitiert nach »Prin«, Zeitung der unabhängigen Linken vom 3.9.2000.

fast alle größeren Unternehmen von unmittelbarer Bedeutung ist, da der staatliche Sektor in Griechenland traditionell wesentlich größer ist als in den mittel- und nordeuropäischen Ländern, und die laufenden Privatisierungen den Erwerb äußerst lukrativer Filetstücke staatlicher Unternehmen versprechen. Zudem hat der Staat mit den öffentlichen Großprojekten wirtschaftlich bedeutsame Mittel zu verteilen. Andererseits gelang es Simitis, breite Teile der Mittelschichten (zum Beispiel die Bauern) sowie die Schicht der überdurchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer zu gewinnen, die der immer noch stark ausgeprägten klientelistischen Vetternwirtschaft traditionell kritisch gegenüberstehen und sich von der Erneuerung der staatlichen Infrastruktur den Anschluss an mitteleuropäische Standards erhoffen.

Vor diesem Hintergrund war es nach dem überraschend deutlichen Wahlsieg der PASOK bei den Parlamentswahlen im April 2000 nur noch eine Frage der Zeit, wann der Kampf um die »Beute« entflammt. Das Vorspiel dazu bildete eine breite

Debatte über die Verflechtung von Politik und führenden Großunternehmen, bei der die oppositionelle ND versuchte, sich mit einem Saubermann-Image der Unkorruptierbaren wieder stärker ins politische Geschäft zu bringen. Exemplarisch dafür war die Stellungnahme von Parteiführer Kostas Karamanlis in der diesbezüglichen Parlamentsdebatte: »Die Deregulierung wichtiger Sektoren der Wirtschaft wie der Telekommunikation und der Energie schafft die Voraussetzungen für eine erneute Stärkung der organisierten Interessen und ihrer politischen Stärke. (...) Diese Interessen erwerben schon jetzt die Kontrolle der Massenmedien mit dem Ziel, die öffentliche Meinung in Beschlag zu nehmen, die Staatsmacht einzuschüchtern und die Politik vollständig zu unterwerfen.«⁶

Ein Teil der ND habe »dem Kapitalismus den Krieg erklärt«, bemerkte dazu säuerlich die zur Lambrakis-Gruppe gehörende und PASOK-freundliche Tageszeitung »To Vima«. Der konservative »Sozialismus« der ND richtet sich allerdings ausschließlich gegen die Politik der PASOK, keinesfalls jedoch gegen den Kapitalismus schlechthin. Die ND hat sich in den letzten zehn Jahren zu einer Partei entwickelt, welche die Interessen der kapital- und konkurrenzschwachen Unternehmensgruppen vertritt. – Und die haben an Regulierung und Protektionismus durchaus ein Interesse.

Die Debatte um die »Verflechtung« krankte freilich unvermeidlicherweise daran, dass die spezifisch klientelistische Form der Korruption nicht ein Fehler, sondern die Voraussetzung des politischen Systems in Griechenland ist. Es war daher auch kaum ein Statement zu vernehmen, das nicht in irgendeiner Weise mittelbar oder unmittelbar interessenspolitisch motiviert war. So reproduzierte die Debatte faktisch die Abhängigkeit des politischen Establishments insgesamt vom »außerinstitutionellen Faktor«. In diese Auseinandersetzung schlug das Gerücht von Kultusminister Pangalos wie eine Bombe ein. »Die Auseinandersetzung der »Barone« des Geldes und der Medien tendiert dazu, unkontrollierbare Ausmaße anzunehmen«, vermeldete die »Kathimerini« im September 2000: »Der Krieg, der zwischen dem Lager des Herrn Lambrakis und dem des Herrn Kokkalis ausgebrochen ist, hat die grundlegende Allianz der Unterstützung des

*Ministerpräsidenten zerbrochen, ein Umstand, der ihn vor ein schmerzhaftes Dilemma stellt.*⁷

Diese für die Regierung Simitis unerfreulichen Entwicklungen trugen erheblich dazu bei, die Ideologie der »Modernisierung« wieder mit der sozialen Realität Griechenlands zu konfrontieren. So wurde zum Beispiel in verschiedenen Zeitungen die Wirkungen der Börsentalfahrt des vergangenen Jahres kritisch reflektiert, die die quantitativ größte monetäre Umverteilung seit dem Ende der Diktatur zur Folge gehabt hatte.

Die von der Regierung Simitis betriebene Demontage sozialer Errungenschaften im Zuge des geplanten Beitritts zur europäischen Währungsunion hatte freilich schon zuvor zu erheblichen sozialen Konflikten geführt. Der Widerstand gegen die Politik der PASOK ist seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre massiv angewachsen. Die konservative Tageszeitung »Kathimerini« kommentierte die zunehmende soziale Polarisierung anlässlich der gewaltsamen Niederschlagung von Protesten der Ersatzlehrer im Sommer 1998 mit den Worten, es sei unmöglich, »dass der Staat zu einem Punkt komme, wo er seine Politik nur noch mit der »Hilfepolizeilicher Kräfte durchsetzen könne«, weil dadurch der Eindruck entstehe, »der Staat befinde sich im ständigen Gegensatz zum gesellschaftlichen Ganzen.«⁸

Tatsächlich ist es umgekehrt: Der griechische Staat verfolgt ein der breiten Mehrheit der Menschen entgegengesetztes Interesse – allerdings erscheint das nicht allen immer so. Bisher war jedes Lob aus Brüssel für Regierungschef Simitis von Protesten im eigenen Land begleitet. Die notwendige Konsequenz aus der vorgeblich alternativlosen Politik der »Einbahnstraße« in Richtung Währungsunion ist der fast schon permanente Griff zu autoritären Mitteln, die freilich weitgehend akzeptiert werden. Die PASOK kann sich dabei sogar die Dreistigkeit erlauben, die eigene Gewalttätigkeit als positiv darzustellen. So wurde die Einstellung von Sicherheitspersonal für die Schulen als Beitrag zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verkauft. Nachdem die massiven Schülerproteste 1998/99 fast zum Sturz der Regierung Simitis geführt hatten, stellte diese Maßnahme unverhohlen die Stärke und Aggressivität der »Modernisierer« zur Schau. – Eine Stärke, die allerdings im wesentlichen in der politischen Schwäche ihrer Gegner besteht.⁹

Die Abhängigkeit des politischen Establishments von den kapitalistischen Interessengruppen ist ein relativ neues Phänomen. Noch zu Beginn der neunziger Jahre spielte die parteipolitische Bindung großer Teile der Bevölkerung eine bedeutende Rolle. Der jeweils regierenden Partei ermöglichte diese politische Verankerung eine relative Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Partikularinteressen. Die mit dem Niedergang der realsozialistischen Staaten verbundene »Entideologisierung« des politischen Lebens und die Frontalangriffe auf den Sozialstaat haben die staatstragenden Parteien in den letzten zehn Jahren in eine stärkere Abhängigkeit von einzelnen Großunternehmen und Interessengruppen gebracht. Als Konsequenz findet die ökonomische Konkurrenz verschiedener Wirtschaftsgruppen Ausdruck in parteipolitischen Kämpfen. Der damit verbundene »Verlust an Glaubwürdigkeit« der politischen Parteien ist eine notwendige Folge dieser Krise des spätbürgerlichen Politikbetriebes.

Es ist kein Zufall, dass in dieser Phase die Konfrontation mit den Gewerkschaften an Schärfe gewann. Mitte September beschloss der Dachverband der Gewerkschaften, die All-

gemeine Arbeiterföderation Griechenlands (GSEE), erstmalig seit dem Sturz der Junta 1974 einstimmig – das heißt einschließlich der Vertreter der PASKE – und gegen das Votum der Verbandsspitze, aus dem griechischen »Bündnis für Arbeit«, dem »sozialen Dialog«, vorerst auszusteigen und für Oktober einen generellen Proteststreik auszurufen. Den Anlass dafür bildete die von der PASOK angestrebte Privatisierung der griechischen Telefongesellschaft OTE sowie eine Reihe arbeits- und versicherungsrechtlicher Verschlechterungen. So war unter anderem geplant, Massenentlassungen erheblich zu erleichtern, eine flexible 38-Stunden-Woche mit jährlicher Berechnungsbasis einzuführen, die die Möglichkeit eines elfstündigen Arbeitstages einschließt, die Ausweitung der Teilzeitarbeit, die Senkung der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen und die Kürzung der staatlichen Zahlungen an das Gesundheitssystem zu ermöglichen. Auf der internationalen Messe in Thessaloniki ließ Ministerpräsident Simitis keinen Zweifel daran, dass die Regierung bereit sei, dieses Programm mit allen Mitteln durchzusetzen: »Wir werden voranschreiten, welche Brüche und Konfrontationen auch immer notwendig sein werden.«¹⁰

Diese »Kriegserklärung« (so die linke Wochenzeitung »Prin«) hatte allerdings schon im Vorfeld zu Auseinandersetzungen innerhalb der PASOK und zu einem Schulterchluss aller Strömungen der PASKE gegen die eigene Regierung geführt. Unter diesen Umständen wuchs die Bereitschaft innerhalb der GSEE, der Durchführung der Regierungspläne mit Proteststreiks zu begegnen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der der ND nahestehende Gewerkschaftsverband DAKE in der Privatisierungsfrage der OTE der eigenen Partei wegen ihrer Unterstützung des Regierungsentwurfs schwere Vorwürfe machte. Die darin zum Ausdruck kommende Schwächung der parteipolitischen Bindungen stellt eine neue, wenn auch keinesfalls stabile Tendenz innerhalb der Gewerkschaftsbewegung dar. Mögliche Bruchpunkte deuten sich darin jedoch an.

Der Generalstreik am 10. Oktober – nach Angaben der GSEE der größte seit 15 Jahren – war von der Beteiligung her gesehen ein voller Erfolg. Selbst im gewerkschaftlich vergleichsweise schlecht organisierten privaten Sektor schwankte die Beteiligung um 40 Prozent, während die Teilnahme im staatlichen Sektor und im öffentlichen Dienst etwa 60 Prozent erreichte.

Von wirklichen Kampfmaßnahmen gegen den Kollisionskurs Simitis' sind die Gewerkschaften dennoch weit entfernt. Zwar gibt es Brüche bis weit in die PASOK und selbst in das Lager der »Modernisierer« hinein, und die einzelnen Richtungsgewerkschaften rücken näher zusammen. Für einen wirksamen Widerstand gegen das Regierungsprogramm fehlt jedoch der politische Wille und die dazu notwendige ideelle Basis. Die Oktoberstreiks hatten daher eher den Charakter eines Placebo, mit dem der soziale Unmut kanalisiert werden sollte. Exemplarisch deutlich wurde dieser Umstand in der Person des Vorsitzenden des Arbeiterzentrums von Thessa-

⁷ »Kathimerini« vom 24. 9. 2000.

⁸ »Kathimerini« vom 12. 7. 1998.

⁹ Es sei angemerkt, dass die Regierung nicht einmal davor zurückschreckte, das Stören des Unterrichts per Gesetz mit Haftstrafen zu bedrohen. Man muss schon mit Blindheit geschlagen sein, einer derartigen »Bildungspolitik« noch einen progressiven Charakter zugestehen zu können.

¹⁰ Flugblatt der Neuen Linken Strömung vom Oktober 2000.



loniki, Awramopoulos, der einerseits den Achtstundentag in einem konkreten Konfliktfall von Gewerkschaftern mit einer Baufirma als »persönliche Angelegenheit«¹¹ der betroffenen Arbeiter charakterisierte und andererseits lautstark den Generalstreik propagierte. Es ist daher davon auszugehen, dass die Gewerkschaften ihre politische Linie im Grundsatz weiter verfolgen werden. Der »soziale Dialog« mit der Regierung ist nur ausgesetzt, was sich schon daran ersehen lässt, dass die Treffen mit dem Arbeitgeberverband SEV zu keinem Zeitpunkt abgebrochen wurden.

Dass der GSEE der Wille und das politische Konzept fehlen, sich unter den historisch veränderten Bedingungen der Regierungspolitik entgegenzustellen, wird an der Praxis ihres linken Flügels deutlich, der von der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) dominiert wird. Die KKE hält auch nach dem Niedergang des Ostblocks den Anspruch aufrecht, im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen gegen die »Oligarchie« einen griechischen Arbeiterstaat erkämpfen zu wollen. Ein derartiger Traditionalismus ist freilich unter den Bedingungen der kapitalistischen »Globalisierung« völlig zahnlos. Faktisch war die KKE in den letzten zehn Jahren zu keinem Zeitpunkt in der Lage, eine politische Offensive zu starten. Statt dessen war sie hauptsächlich damit beschäftigt, den Status quo zu erhalten – in Zeiten frontaler Angriffe auf die sozialstaatlichen Errungenschaften eine unmögliche Aufgabe. Die im Kern nationale Ausrichtung der KKE hat daher in den letzten Jahren zu einer stärkeren Annäherung an nationalistische Kreise und sogar an die sozial reaktionäre orthodoxe Kirche geführt. Der bisherige Höhepunkt dieser Annäherung bestand darin, die PASOK nicht bei dem Vorhaben zu unterstützen, den Eintrag der Religionszugehörigkeit im Pass zu streichen.¹²

In der gewerkschaftlichen Praxis der KKE korrespondiert ein kruder Verbalradikalismus mit der Tendenz zur Anpassung an die sich ständig verschlechternden Gegebenheiten, wobei die rassistische Abgrenzung der kommunistischen Verbände von Migranten durchaus üblich ist. In den letzten

Jahren hat die KKE zwar konsequent versucht, die sozialen Kämpfe zur Verbreiterung ihres parteipolitischen Einflusses zu nutzen, dies bedeutete jedoch immer den Kampf gegen die tatsächlich dabei zu Tage tretenden emanzipativen Tendenzen und hatte daher kaum Erfolg.

Bei allen wichtigen Streiks und politischen Kämpfen der neunziger Jahre haben die unabhängigen linken Gruppen eine wesentliche Rolle gespielt, auch wenn ihr Einfluss auf den bürgerlichen Politikbetrieb bislang gering ist. Die größte und wichtigste Organisation der radikalen Linken ist die Neo Aristero Revma (Neue linke Strömung, NAR), die aus einer Abspaltung der KKE hervorgegangen ist. Da diese einen großen Teil der kommunistischen Jugend umfasste, hat die NAR einen relativ geringen Altersdurchschnitt und verfügt über ein beachtliches intellektuelles Potential.¹³

In den letzten Jahren hat sie sich systematisch bemüht, alle politischen und sozialen Kämpfe gegen die Neustrukturierung kapitalistischer Herrschaft weiterzutreiben und sich politisch neu zu orientieren. Bemerkenswerterweise hat es dabei einen tiefen Bruch mit der parteikommunistischen Tradition gegeben, was sich unter anderem in der Öffnung gegenüber anderen linken Theorietraditionen, einer intensiven Auseinandersetzung mit ökologischen Fragestellungen und der Abkehr von dem Anspruch, sich selbst als alleinige Avantgarde der Arbeiterklasse zu begreifen, ausdrückt. In der NAR hat sich im Gegensatz zum parteikommunistischen Traditionalismus die Position durchgesetzt, dass die Emanzipation der Arbeiterklasse alle Lebensbereiche umfassen muss und sich nicht auf die Er kämpfung politischer Macht im nationalen Rahmen beschränken darf. Im gewissen Sinne ist die NAR damit den Auffassungen des italienischen Operaismus oder dem klassischen Syndikalismus näher als dem orthodoxen Marxismus. Die Schwierigkeit, eine Sozialismuskonzeption zu entwickeln, die den gegenwärtigen Bedingungen kapitalistischer Herrschaft entspricht, hat dabei zu Positionen geführt, wie sie sich in Teilen der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung durchgesetzt haben: Der Kapitalismus wird radikal bekämpft, ohne dass eine genaue Vorstellung darüber existiert, wie eine Vergesellschaftung jenseits kapitalistischer Verhältnisse aussehen könnte. Im Gegensatz zum klassischen Syndikalismus mit seiner apolitischen Grundposition stellt die NAR aber an sich selbst den Anspruch, zur Neuformulierung marxistischer Theorie beizutragen und begreift sich ausdrücklich als politische Organisation. Dieses Bewusstsein in den Kreisen der NAR bildet aktuell sowohl die Stärke als auch die Schranke ihrer politischen Praxis. Gegen die totale Verwertung der Welt ein neues emanzipatives Projekt zu formulieren, setzt allerdings ein höheres Niveau an internationaler Kooperation in Praxis und Theorie voraus. Die Einsicht, dass in der gegenwärtigen Phase tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels die Linke sich selbst neu orientieren muss, wenn sie die bestehende Gesellschaft in die Luft sprengen will, ist immerhin ein großer Schritt voran. April 2001 ■

Nachbemerkung: Die Redaktion hält vorstehenden Artikel für informativ. Jedoch stellen sich dem Leser ohne tiefere Vorkenntnisse der griechischen Entwicklung einige Fragen, die wir aktuell leider nicht beantworten können. Trotzdem haben wir diesen Beitrag veröffentlicht, damit sich ggf. eine klärende Diskussion anschließt, wie z.B. an folgenden Fragen:
(weiter nächste Seite)

11 »Prin« vom 1.10.2000.

12 Wer nicht ein ausgewiesenes Mitglied der griechisch-orthodoxen Kirche ist, hat in Griechenland traditionell mit Diskriminierungen zu rechnen. Das gilt u.a. für die moslemische Minderheit in Thrakien und die Zeugen Jehovas.

13 Die NAR gibt die Wochenzeitung »Prin« heraus. Zum Teil englischsprachige Informationen gibt es unter: www.come.to/prin. Aufschluss gibt auch ein etwas älterer Artikel von Nikos Kotsias, »Die Linke im politischen System Griechenlands und ihre Krise«, in: Z, Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 9, März 1992.

Wer ist Minister Pangalos, welche politische Position nimmt er innerhalb der PASOK ein? Wer sind Tsochatopoulos (Traditionalist), Lambrakis und Kokkalis. Welche politischen Richtungen und Lager vertreten sie? Sind sie Fraktionsführer in der Partei oder etwa Vertreter antagonistischer Kapitalgruppen?

Die Begriffe »Modernisierung« und »Modernisierer« ziehen sich wie rote Faden durch den Artikel. Dabei wird nicht klar, ob es sich um eine besondere griechische oder allgemeine europäische Entwicklung handelt. »Modernisierer« im landläufigen Sinne gibt es seit eh und je in der Sozialdemokratie in allen Ländern. Im letzten Jahrzehnt hat es bei etlichen sozialdemokratischen Parteien einen »qualitativen Sprung« gegeben, wenn sie sich als Krisenbewältiger für soziale und wirtschaftliche Probleme andienten, weil konservative Parteien abgewirtschaftet hatten. Sind in der griechischen Sozialdemokratie vergleichbare und/oder gegensätzliche Entwicklungen festzustellen? Waren die griechi-

schen Parteien – insbesondere die PASOK – wirklich vor fünf bis zehn Jahren unabhängig von Kapitalinteressen? Und warum ist das heute anders?

Die Beschreibung der Politik der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) ist nicht erklärend. Was heißt, dass ihre Politik im Kern eine nationale Ausrichtung hat? Wieso ist ihre Politik rassistisch? Lehnen kommunistische Verbände (Gewerkschaften) Migranten ab, lehnt die Partei kommunistische Verbände der Migranten ab, und wenn ja, warum? Vielleicht ist die KKE tatsächlich eine sektiererische Gruppe, wie es im Artikel erscheint. Nur dann müssten ein paar Belege dieses unterstreichen.

Ähnlich verhält es sich mit der neuen linken Strömung NAR. Sie steht »im Gegensatz zum parteikommunistischen Traditionalismus« und beschränkt »sich nicht auf die Er kämpfung politischer Macht im nationalen Rahmen«. Was bedeuten diese Sätze im griechischen Alltag? Red. ■

■ ANGRIFF AUF DIE ARBEITSLOSEN

Zur aktuellen Faulenzer-Debatte – Ursachen und Wirkungen

An ihrer Leistung zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit werde seine Regierung sich nach vier Jahren messen lassen, tönte Gerhard Schröder nach seiner Kanzlerwahl im September 1998. Bis zum Jahre 2002 sollte sich die Zahl der Arbeitslosen von einem Höchststand von mehr als vier Millionen halbiert haben. Nicht, dass man daran hätte glauben dürfen – doch jetzt nähert sich mit der nächsten Bundestagswahl das Verfallsdatum, zu dem das vollmundige Versprechen einzulösen wäre. Von einer durchgreifen den Verbesserung am Arbeitsmarkt kann keine Rede sein. Im Mai 2001 zählte die statistisch erfasste Arbeitslosigkeit 3,72 Mio. Menschen. Alle Zugeständnisse, die die rot-grüne Koalition zugunsten der »Arbeitgeber« den Lohnabhängigen abgetrotzt und abgeschwindelt hat, wie das »Bündnis für Arbeit«, magere Tarifrunden, Renten-»Reform« usw. haben in dieser Hinsicht nichts genützt. Zu allem Überfluss droht vielmehr, ausgelöst durch die Rezession in den USA und die Ölpreisexplosion im letzten Jahr, ein Einbruch in die Konjunktur mit zusätzlichen Gefahren für die Arbeitsplätze.

Da Kapitalismus nun mal so ist, wie er ist, sucht die rot-grüne Koalition Entlastung im Angriff auf die Arbeitslosen selbst. Das Rezept hat sich bereits in der Rentendemontage hinsichtlich der schwachen gewerkschaftlichen Gegenwehr bewährt. Was Schröder im März 2001 durch seinen Ausfall gegen ein »Recht auf Faulheit« begann, stellt sich als massive Kampagne gegen Arbeitslose heraus, mitgetragen von CDU/CSU und FDP und selbstverständlich den Unternehmerverbänden. Die Zumutbarkeitsbestimmungen von Jobs und die Kontrollen der Betroffenen hinsichtlich ihrer »Arbeitswilligkeit« sollen verschärft, die Sozialeinnahmen durch Abschaffung der Arbeitslosen- und Kürzung der Sozialhilfe drastisch gesenkt werden.

Zum Teil handelt es sich hier um Stimmungsmache, da eine weitgehende Disziplinierung von Arbeitslosen schon längst möglich ist. Konkret aber werden zusätzliche Maßnahmen, die schon seit längerem von Arbeitslosen- und Sozial-

hilfe-Initiativen befürchtet werden, nun ernsthaft in Angriff genommen.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der verschiedenen Ebenen und Fraktionen des herrschenden Blocks aus Staatsapparat (insbesondere den kommunalen Haushalten drohen neue Belastungen) und Unternehmerverbänden, vor allem aber das Ausmaß von möglichem Widerstand aus Gewerkschaften, Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen werden die konkreten Ergebnisse bestimmen. Ein Desaster wie bei der Rentenreform hätte auch hier schlimme Folgen.

Zweckoptimismus zur konjunkturellen Lage

Auf der einen Seite ist auffällig, wie die rot-grüne Bundesregierung in Optimismus gegenüber den veröffentlichten Konjunkturdaten macht, darin durchaus von wichtigen Teilen des Unternehmerlagers bestärkt. Die Hannover-Messe Ende April 2001 gab hierzu die Kulisse ab. Er gehe »davon aus, dass wir im laufenden Jahr ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von zwei bis 2,5 Prozent erzielen können,« und er sei »fest davon überzeugt, dass wir nicht in eine Rezession hineinlaufen müssen,« erklärte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rogowski, in seiner Eröffnungsrede. Einzelne Wirtschaftsbereiche gaben sich noch zuversichtlicher: Der Maschinen- und Anlagenbau (DMA) rechnete mit fünf Prozent, die Automatisierungsindustrie im Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie (ZVEI) gar mit sechs bis sieben Prozent. Im Export sollte nach Schätzung des BDI trotz der Schwierigkeiten auf dem US-Markt eine Steigerung um zehn Prozent drin sein.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) dagegen sprach zeitgleich von 1,9 Prozent Wachstum für die deutsche Wirtschaft, die EU, die OECD, die G-7-Gruppe und hiesige Forschungsinstitute schlossen sich in der Tendenz an. Zug um Zug musste die Bundesregierung eigene höhere Prognosen von 2,75 auf zwei Prozent zurücknehmen. Schröder hielt diesen Zahlen zwar entgegen, dass man sich in den neunziger



Jahren (bei damals durchschnittlich 1,5 Prozent) darüber hätte freuen können. Nichtsdestotrotz schwinden bei nachlassender Konjunktur Hoffnungen auf Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt. Als Ziel wird jetzt nur noch ausgegeben, die Arbeitslosigkeit bis 2002 unter 3,5 Millionen zu drücken. Der auf der Hannover-Messe zur Schau gestellte Zweckoptimismus¹ überdeckte nur mühsam die schlechte Stimmung in weiten Teilen der Wirtschaft.

Die vom Bundesfinanzministerium Anfang Mai veröffentlichten Zahlen bestätigen die eher negativen Erwartungen. Im März sind demnach die Auftragseingänge an die deutsche Industrie, von saisonalen Faktoren bereinigt, um 4,4 Prozent gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, die Auslandsbestellungen sogar um sieben Prozent. Im Vergleich zum März des Vorjahres beträgt das Minus 3,9 Prozent, wobei auch hier der Export überproportional geschrumpft ist, nämlich um 6,6 Prozent. Das Wirtschaftswachstum erreichte im ersten Quartal 2001 nur noch 1,6 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum (Stat. Bundesamt).

Auch in der Bevölkerung breitet sich Sorge aus. Einer regelmäßig von acht Tageszeitungen und der Rundfunkanstalt ARD durchgeführten Meinungsumfrage zufolge sahen Anfang Mai 54 Prozent der Befragten die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage eher negativ, 29 Prozent befürchteten zudem einschneidende Verschlechterungen noch in diesem Jahr. Das Thema Arbeitslosigkeit gaben 63 Prozent (zweifellos mehr als im Februar) als wichtigste Aufgabe der Politik an. Die Erfahrung der vergangenen Jahre war freilich, dass auch größeres Wachstum nicht bei allen ankommt. So stieg im Jahr 2000 zwar das Bruttoinlandsprodukt mit etwa drei Prozent stärker als in den neunziger Jahren, die Reallöhne gingen aber aufgrund der mageren Tarifrunde um 0,2 Prozent zurück.

Der Sündenbock wird bereitgestellt

So scheint es kein Zufall zu sein, dass zeitgleich sorgfältig an der Wiederherstellung eines altbekannten Sündenbockes gearbeitet wird. Unter den Arbeitslosen gibt es mal wieder zu

viele Drückeberger. Die Realität spielt hier keine Rolle, es kommt auf die Wirkung an. So wurde etwa in Umfragen ermittelt, dass 66 Prozent der West- und 40 Prozent der OstbürgerInnen die Drückebergerthese unterstützen (vor sieben Jahren waren es noch 39 Prozent bzw. elf Prozent). Die Hoffnung auf den Ablenkungseffekt ist also nicht unbegründet. So kann man Arbeitslosen die Schuld für ihre soziale Lage individuell in die Schuhe schieben und obendrein durch diesen gesellschaftlichen und moralischen Druck die »Arbeitswilligen« unter ihnen, sofern man sie wirklich braucht, für einen Hungerlohn zur Arbeit treiben.

Politisch mündet diese Drückebergertheorie in die Kritik an angeblicher »Regulierungswut« des Staates, natürlich nur dort, wo sie verbliebene Rechte der Beschäftigten, wie den schon stark ausgehöhlten Kündigungsschutz, und der Arbeitslosen, zum Beispiel hinsichtlich der Zumutbarkeit einer Tätigkeit und ihrer Bezahlung, noch schützt und so dem wachsenden Niedriglohnsektor noch einige dünne Fesseln anlegt. Aber auch hier gilt, dass vieles bereits jetzt möglich ist und betrieblich durch ökonomische Erpressung durchgesetzt wird, was auf Verlangen der Unternehmerverbände nun verbindlich festgeklopft und verschärft werden soll. Nachdem Schröder die Hatz freigegeben hatte, folgten aus dem Arbeitsministerium Ankündigungen zu einem Gesetzentwurf, der auf sogenannte Eingliederungspläne bis hin zu speziellen Lohnsubventionen (Kombilöhne) und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bis 2006 zielt. Hier handelt es sich um alte Unternehmerforderungen, die der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) mittlerweile schon zu halbherzig sind.

Die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stellt in seinem Kurzbericht Nr. 1/2001 fest, dass die »Zahl der Erwerbstätigen ... im Jahresdurchschnitt 2000 um fast 600.000 Personen gestiegen ist«. Diese Zahl als großen Erfolg zu feiern, verbietet sich eigentlich schon angesichts der Massenarbeitslosigkeit und des erwähnten Regierungsversprechens. Aufgrund der interessenbedingten Schönfärbung solcher Statistiken muss aber weiter gefragt werden, was sich konkret dahinter verbirgt. Selbst das Jahresgutachten des Sachverständigenrates führt diese Zunahme »zu einem Großteil auf die bessere statistische Erfassung der geringfügig

¹ Wie weit andere Aspekte hierbei eine Rolle spielen, etwa das Konkurrenzverhältnis zum Wirtschaftsraum NAFTA, wo vor einigen Wochen mit der Ausweitung der Freihandelszone auf den ganzen amerikanischen Doppelkontinent ab 2005 ein wesentlicher Schritt voran gemacht wurde, soll in diesem Zusammenhang nicht weiter berücksichtigt werden.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den neunziger Jahren

Das Papier der PDS-Bundestagsfraktion, ausgestattet mit 15 Tabellen, gibt im wesentlichen folgende Entwicklung wider: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg gegenüber 1997 von 37,2 Mio. (tiefster Stand seit dem Anschluss der DDR) auf 38,5 Mio. im Jahr 2000, eine Steigerung um 1,3 Mio. Personen. Im gleichen Zeitraum nahm aber die Zahl der Arbeitslosen von ihrem Höchststand 4,385 Mio. in 1997 nur um 496.000 ab. In beiden Fällen vollzog sich diese Entwicklung schwerpunktmäßig im Westen. Im Osten dagegen nimmt die »stille Reserve« nur deshalb ab, weil zum einen Frauen sich frustriert vom Arbeitsmarkt zurückziehen, zweitens ostdeutsche Arbeitssuchende in den Westen gehen.

Die Steigerung der Erwerbstätigkeit ist gleichwohl verbunden mit einer Abnahme von Vollzeit- und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Obwohl die Zahl der Beschäftigten im Jahre 2000 erstmals – nämlich um 350.000 – über der von 1992 lag, sank die der Vollzeitarbeitenden in diesem Zeitraum um 2,8 Mio. (– 9,9 Prozent). Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 3,2 Mio. (+ 56,1 Prozent) auf mehr als acht Mio. Menschen. Von diesen arbeitet etwa die Hälfte »geringfügig«, davon etwa 70 Prozent Frauen.

Von 1992 bis 1998 sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Voll- und Teilzeit) von 29,3 Mio. auf 27,2 Mio., eine Differenz von 2,1 Mio., denen aber nur eine Abnahme der abhängig Beschäftigten insgesamt von 0,96 Mio. Personen entspricht. Mehr als eine Million nicht sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze wurden also in diesem Zeitraum geschaffen.

Diese Verschiebung zur Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigung ging mit Umschichtungen zwischen den Branchen einher, die Ergebnisse von aus Sicht des Kapitals erfolgreichen Modernisierungsprozessen waren und Veränderungen

gen im Kräfteverhältnis der Klassen – wenn auch in dieser Form nicht zwangsläufig – nach sich zogen. In den neunziger Jahren wurden in der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion sowie im öffentlichen Dienst über 3,5 Mio. Arbeitsplätze abgebaut, während im Dienstleistungsbereich 2,6 Mio. neue Stellen geschaffen wurden. Gerade hier sind geringfügige Arbeitsverhältnisse überdurchschnittlich anzutreffen, zum Beispiel im Handel, in der Gastronomie und im Reinigungsgewerbe, und Scheinselbständigkeit wie im Transportwesen oder in der Heimarbeit am Computer.

Der Anteil selbständiger Arbeit an der gesamten Erwerbstätigkeit stieg von 13,3 Prozent (1992) auf 15,3 Prozent (1997). Hierunter fällt die große Zahl der Scheinselbständigen, die aus verschiedensten Gründen, mit oder ohne Illusionen, den Weg der prekären Selbstausbeutung gehen, auf jeden Fall aber ihren bisherigen Arbeitgebern als nunmehrigen »Auftraggebern« die Soziallöhne sparen.

Zur »verdeckten Arbeitslosigkeit« gehören folgende Gruppen (Zahlen für 2000): KurzarbeiterInnen (45.000), Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (316.000), TeilnehmerInnen an Weiterbildungs- und sonstigen Kursen auf Veranlassung des Arbeitsamtes (340.000); Arbeitslose, die zwar Leistung beziehen, aber aus verschiedenen Gründen (zum Beispiel alters- oder krankheitsdingt) dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (290.000); Frühverrentete (791.000); Ihre Zahl ist insgesamt rückläufig und wird im PDS-Papier für 2000 auf 1,788 Mio. Menschen beziffert. Im Osten führt die Verringerung der »verdeckten« zur Erhöhung der »offenen« Arbeitslosigkeit. Das Arbeitsplatzdefizit von insgesamt 6,5 Mio., davon im Osten 2,24 Mio., ergibt sich, wenn Personengruppen hinzugezählt werden, die die Arbeitsamtsstatistik eben nicht erfasst (laut PDS-Papier etwa 1,65 Mio. Menschen in der »stillen Reserve«). Eine Dunkelziffer derer, die sich resigniert zurückziehen (zum Beispiel Frauen in Ostdeutschland) oder unfreiwillig »geringfügig« arbeiten, muss zusätzlich angenommen werden. ■

Beschäftigten« zurück. Ausführliche Kritik findet sich zum Beispiel in einem 24-Seiten-Papier der PDS-Bundestagsfraktion zur Entwicklung des Arbeitsmarktes der neunziger Jahre bis zum Jahr 2000 (Einzelheiten vgl. Kasten).

Generell wird in diesem Papier festgestellt, dass

- ◆ der »Anstieg der volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung um real 3,1 Prozent ... mit einem Anstieg des volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumens von vier Mio. Stunden (+ 0,007 Prozent) erreicht« wurde, das heißt ein Abbau von Arbeitslosigkeit allenfalls durch Steigerung von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung gegenüber gesicherten Vollzeit-arbeitsverhältnissen gelingen könnte;
- ◆ ein Defizit von mindestens 6,5 Mio. Arbeitsplätzen besteht (einschließlich aller Formen »verdeckter« Arbeitslosigkeit);
- ◆ fast neun Mio. Beschäftigte in Teilzeit arbeiten, davon die Hälfte »geringfügig«;
- ◆ 19,5 Prozent aller Beschäftigten nicht sozialversicherungspflichtig arbeiten (eine Steigerung gegenüber 1992 um mehr als fünf Prozentpunkte, trotz gesetzlicher Neuregelung in diesem Bereich im März 1999, mit der geringfügig Entlohnte unter bestimmten Bedingungen in die Sozialversicherung eingegliedert werden.);

- ◆ im Osten die Flucht nach Westen anhält.

Wenn also im Jahre 2000 ein Wachstum des BIP um 3,1 Prozent bei faktisch gleich bleibendem Arbeitsvolumen erreicht wurde, wie hoch müsste das Wachstum sein, um Arbeitslosigkeit abzubauen? Anders herum wird ein Schuh daraus: Nach Logik solcher Rechenspielchen kann, realistisch betrachtet, »Arbeit« nur durch Umverteilung²⁾ zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen »geschaffen« werden (nötig wäre allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich). Aus Unternehmersicht muss der Niedriglohnsektor immer weiter wachsen, die vorhandenen Dauerschrauben für Arbeitslose müssen verstärkt werden. Auf diese Weise sollen Statistiken bereinigt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse (einschließlich Leiharbeit) ausgeweitet und die aus kapitalistischer Sicht notwendige Arbeitsmoral auch der Noch-Beschäftigten stabilisiert werden. Das klingt dramatisch, doch anders macht der breite gesellschaftliche Druck auf Arbeitslose, deren Arbeitsbereitschaft den Zahlen zufolge eigentlich nicht benötigt wird, keinen Sinn.

2.. Dies erinnert an die Logik der Rentenreform: Die durch Kürzung der gesetzlichen Rente notwendige Ergänzung durch Privatvorsorge wird voll aus der Lohn- und Gehaltssumme finanziert.

Armutsbericht der Bundesregierung: Soziale Ausgrenzung nimmt zu

Eine neue Umverteilungsdebatte werde es nicht geben, so Riester bei der Vorlage des ersten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, obwohl nach seiner eigenen Aussage »soziale Ausgrenzung zugenommen und Verteilungsgerechtigkeit abgenommen« habe. Die folgenden Zahlenbeispiele sprechen für sich.

Die Zahl der SozialhilfebezieherInnen wurde im Westen der BRD seit 1973 vervierfacht, im Osten seit 1991 verdoppelt. 2,9 Mio. Menschen (3,5 Prozent der Bevölkerung), davon 1,1 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, leben von Sozialhilfe. Die Armut ist freilich größer, als diese Zahlen anzeigen. Je nach Berechnungsgrundlage werden für den Westen zwischen vier und zwölf Mio., für den Osten zwischen 0,5 und 1,8 Mio. Menschen als arm angegeben. Die Zahl der überschuldeten Haushalte ist innerhalb von fünf Jahren um 30 Prozent auf mittlerweile 2,8 Mio. gestiegen.

Reichtum kommt von Armut und Ausbeutung, und deshalb wächst auf der anderen Seite die Zahl der Millionäre (zwischen 1973 und 1998 von 217.000 auf 1,5 Mio.) und vor allem ihr Vermögen. Im Westen besitzen zehn Prozent der Haushalte 42 Prozent des Privatvermögens (im Osten 48 Prozent), während auf die untere Hälfte nur 4,5 Prozent entfällt. Nahezu jeder dritte Haushalt bezieht dagegen ein Einkommen unterhalb der Hälfte des Durchschnittseinkommens und ist auf Unterstützung angewiesen.

Rot-Grün hat dem Bericht ein spezielles Vorwort vorzustellen lassen, in dem Entwarnung gegeben wird. Im Durchschnitt liege das Haushaltsnettoeinkommen doch bei 5081 DM, und schließlich sei Armut nur ein Problem von »Randgruppen« wie gering Qualifizierten, allein Erziehenden Frauen, Flüchtlingen. Die Debatte über die Bedeutung des Berichts wird in der Öffentlichkeit klein gekocht, er soll in den Archiven sein Dasein fristen. Die Realitäten sind freilich auf Dauer nicht zu übersehen.

10.6.2001 ■

Der in bürgerlichen Medien gern als unflexibel geschmähte Arbeitsmarkt ist in Wirklichkeit ständig in Bewegung. Der hervorstechende Trend ist Abbau von Vollzeitstellen, Vermehrung von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung (nicht als direkte Umwandlung zu verstehen, vgl. Kasten). Deshalb gibt es eben nicht nur Langzeitarbeitslose (im letzten Jahr etwa 1,4 Mio.), sondern viele vorübergehend Erwerbslose, die wieder eine neue Stelle finden, häufig freilich zu erheblich schlechteren Bedingungen. Hier ist der Punkt, an dem der Volksmund sagt: »Wer wirklich arbeiten will, der findet auch was!« und die Regierung als neues Wundermittel zum Beispiel den Eingliederungsplan erfindet. So soll die Drückebergertheorie in Gesetzesform gegossen werden.

Eingliederungspläne sollen helfen

In einem für Mitte des Jahres angekündigten Gesetzesentwurf will das Bundesarbeitsministerium die Vermittlung von Arbeitslosen neu regeln. Kernstück ist ein verbindlicher »Eingliederungsplan«, den die Arbeitsämter flächendeckend und binnen eines Jahres für jeden einzelnen Arbeitslosen entwerfen sollen. Es handelt sich dann wohl um ein Bündel aus Stellenangeboten, Berufsausbildung und Qualifizierungs- bzw. Trainingsmaßnahmen. Wie dies zu schaffen ist, angesichts einer Relation von 600 bis 800 »Fällen« auf einen Arbeitsvermittler, scheint nicht die wirkliche Sorge der Gesetzgeber zu sein. Dem »Recht« jedes Arbeitslosen auf sein »maßgeschneidertes Konzept« entspricht dann wohl auch die »Pflicht«, dieses umgehend anzunehmen.

Was daran eigentlich neu ist, lässt sich derzeit nicht genau sagen: Es kommt auf die Umsetzung an. Mit Sperrzeiten, sprich: Kürzung der Stütze, wird jetzt schon bedroht, wer sich Maßnahmen des Arbeitsamtes entzieht. Im Jahre 2000 war jede/r zehnte BezieherIn von Arbeitslosengeld/-hilfe davon betroffen, was auch damit zu tun haben muss, dass noch immer nicht jede/r bereit ist, zu allen miesen Bedingungen zu arbeiten oder Zeit in einem perspektivlosen

Trockenkurs abzusetzen. Auch die Verpflichtung der ArbeitsvermittlerInnen, mit ihren »Kunden« mögliche Maßnahmen durchzusprechen, gibt es schon längst – ohne nennenswerten Erfolg. So muss wohl von Zeit zu Zeit eine neue Sau durchs Dorf getrieben werden.

Der »aktivierende Sozialstaat« wird verschlankt

Ernster zu nehmen sind Pläne zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe³⁾ (auf unterem Niveau, versteht sich) und der hierfür zuständigen Verwaltungen. Dies soll nach Riester vor dem übernächsten Wahljahr 2006 abgeschlossen sein. Als erste Stufe existiert seit Anfang des Jahres 2001 das Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe, dessen Zweck die Einrichtung von bundesweit 20 Modellprojekten unter dem Kennwort »Mozart« ist. Durch entsprechende Änderungen im SGB III (Sozialgesetzbuch III für Arbeitslose) und im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) wurden »Experimentiermöglichkeiten« geschaffen. Wesentliche Punkte sind:

- ◆ Beratung, Vermittlung, Leistungsgewährung usw. für BezieherInnen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe aus einer Hand;
- ◆ dementsprechend Datenaustausch zwischen den Ämtern und mit Auftragnehmern (zum Beispiel kommunale Beschäftigungsgesellschaften);
- ◆ beide Kategorien von Hilfberechtigten können zu den Maßnahmen nach SGB III bzw. BSHG herangezogen werden (letzteres ggf. für eine »Aufwandsentschädigung« von zwei DM pro Stunde);
- ◆ Arbeitslose dürfen nicht schlechter gestellt werden als vorher (ein Widerspruch zum vorigen Punkt);
- ◆ die Bundesregierung lässt sich das Ganze 30 Mio. DM pro Jahr kosten.

Mögliche Vorteile für die Betroffenen könnten sein, dass SozialhilfebezieherInnen Zugang zu Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen bekommen, die ihnen bisher verschlossen waren, und dass Hilfberechtigte nicht so viele Ämtergänge haben, zum Beispiel bei der Beantragung von ergänzender Sozialhilfe zur Arbeitslosenhilfe. Die Nachteile eines »erfolgreichen« Verlaufs dieses Projekts dürften jedoch

2.. Zum Thema »Arbeitszwang und Sozialhilfe« vgl. Arpo Nr. 2/2000, S. 18 bis 25.

weit überwiegen. Die Bundesregierung hätte Argumente an der Hand, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (auf ein niedriges Niveau nahe letzterer) wirklich umzusetzen.

Arbeitslose haben auch beim derzeitigen schlechten Stand des SGB III noch einiges zu verlieren. Trotz der niedrigen Beträge und deren jährlicher Kürzung um drei Prozent haben etwa 80 Prozent der BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe immer noch deutlich höheren Leistungsanspruch als die Regelsätze der Sozialhilfe. Bei der Bedürftigkeitsprüfung geht es noch nicht so stark in die Substanz wie bei SozialhilfebezieherInnen. Zwar ist vom Berufs- und Bestandsschutz für Arbeitslose auch im SGB III nur noch ein kümmerlicher Rest übrig geblieben (ab dem siebten Monat muss jede Arbeit angenommen werden, deren Ertrag nicht unter der Stütze liegt), doch immer noch muss ihre Beschäftigung tariflichen Mindestbedingungen entsprechen. Sie dürfen nicht zu sogenannten »gemeinnützigen« und »zusätzlichen« Arbeiten herangezogen werden.

Neben der weiteren Entrechtung und Disziplinierung von Arbeitslosen ergäbe sich für die Bundesregierung die Möglichkeit, Kosten aus dem Bundesetat – Arbeitslosenhilfe – auf die Kommunen – Sozialhilfe – überzuwälzen. Diese würden zwar hinhaltenden Widerstand leisten, aber nicht als natürliche Verbündete von Arbeitslosen. Ein paar Konzessionen auf Kosten von SozialhilfebezieherInnen (Senkung von Leistungen) würden sie beschwichtigen. So kämen Erwerbslose vom derzeitigen Stand der Arbeitslosenhilfe in eine gekürzte Sozialhilfe. Mit der Zusammenlegung der Ämter kann zudem der laufende Personalabbau am Arbeitsamt selbst munter fortgesetzt werden. Die ehemaligen KollegInnen sehen sich dann auf verschiedenen Seiten des Schreibtisches wieder.

Die »Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen« in Bielefeld hat die Initiativen in den 20 Regionen mit »Mozart«-Projekten um Informationsaustausch gebeten. Im übrigen hat »Mozart« Vorläufer, zum Beispiel im hessischen Main-Kinzig-Kreis. Dort wurde im Rahmen der Politik »*Neue Wege in schwieriger Zeit*« das »*Modell Erlensee*« (Ort bei Hanau) eingerichtet, dem weitere folgten. Hier wurde die gemeinsame »Betreuung« von Hilfeberechtigten durch Arbeits-, Sozial- und Jugendamt Tür an Tür erprobt. Es gibt also bereits eine Vorlaufzeit, die dem Muster folgt, »Reformen« hierzulande mit einer Unmenge von kleinen Teilschritten auf den Weg zu bringen, um sie später mit einem Schlag zur Norm zu erheben.

Wie ein solches Projekt aussehen kann, zeigt ein Beispiel in Bremen. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sollen dort aus einer Hand kommen und zu diesem Zweck die lokale Beschäftigungsgesellschaft »Werkstatt Bremen« mit Teilen des Ressorts Arbeit und Soziales zu einer »*Arbeit GmbH*« verschmolzen werden. In zwölf neuen Sozialzentren werden »Fallmanager« eingestellt, die »*ergebnisorientiert*« und nach der Devise »*nicht sofort in den Leistungsbezug eintreten*« arbeiten.

Der finanzielle Druck im Amt wird verschärft: Jedes Jahr soll der »Posten Sozialhilfe« im Ressort für Arbeit und Soziales um den Betrag gekürzt werden, den 1000 SozialhilfebezieherInnen bekämen. Jedem Sozialzentrum soll zur Auflage gemacht werden, pro Monat wenigstens sieben Fälle erfolgreich zu managen. Bei der öffentlichen Vorstellung dieses Konzepts im März 2001 kamen selbst dem Arbeitsamtsdirek-

tor Bedenken: »*Man muss aber die Menschen auch als Menschen sehen.*« (»quer«, April 2001).

Das trojanische Pferd der Unternehmer: der Kombilohn

Weiterhin sind in den Regierungsplänen »spezielle Lohnsubventionen« für Langzeitarbeitslose vorgesehen, hinter denen sich die alte Idee des Kombilohns verbirgt. Ursprünglich hatten die Unternehmer sie in die Diskussion gebracht, mit der Vorstellung, es sei »*keine marktwirtschaftliche Lösung, sondern eine Krücke, um die Probleme schrittweise anzupacken, für uns eine Art Trojanisches Pferd, dass wir bei den Gewerkschaften und Sozialpolitikern aufstellen*« (»Wirtschaftswoche«, 2.10.1997). Die Grundidee ist einfach, nämlich den Unternehmern einen Teil ihrer Lohnkosten abzunehmen. Neu ist das nicht, denn schon bisher konnten Unternehmen Lohnzuschüsse vom Arbeitsamt und gering verdienende Beschäftigte ergänzende Sozialhilfe bekommen.

Nun scheint es so weit, dieses sozialökonomische Kriegsgeschütz fest zu etablieren. Vorgeschlagen sind mehrere Varianten: Erhöhung des Zuverdienstanteils zum/r Arbeitslosengeld/-hilfe oder direkte Zahlung an die Unternehmen, zum Beispiel über die Sozialversicherungsbeiträge. Langzeitarbeitslose, die auf diesem Wege Arbeit bekommen, werden dem Niedriglohnsektor wohl kaum wieder entkommen. Die Unternehmensverbände streben bei der Gelegenheit Niedriglöhne an, die 20 bis 30 Prozent unter dem bisherigen Tarif liegen. Wenn ihnen das gelingt, werden sie unter Berufung auf das »Lohnabstandsgebot« (vgl. Arpo 2/2000) radikale Senkung der Sozialhilfe fordern.

Im »Bündnis für Arbeit« wurden Ende 1999 mit Zustimmung der Gewerkschaften zwei Modellprojekte vereinbart, die bis Ende 2004 laufen sollen: das »Saar-Modell« in bestimmten Regionen Saarlands und Sachsens sowie das »Mainzer Modell« entsprechend in Rheinland-Pfalz und Brandenburg, also jeweils ein östliches und ein westliches Land. Im ersten Modell werden nur die sogenannten Lohnnebenkosten subventioniert, im zweiten bekommen die Beschäftigten auch noch Qualifizierungsgutscheine dazu (die kosten nichts, und ob sie was nützen, liegt bei den Einzelnen).

Das bisher bekannt gewordene Koalitionspapier zur Reform der »Arbeitsförderung« sieht des weiteren vor, dass Job-Rotation zu einem »Regelinstrument« werden soll, das heißt einer weiteren Variante des »Teilens« unter den Lohnabhängigen. Mehr Geld soll es für alle diese Maßnahmen ja nicht geben, sondern allenfalls aus anderen Töpfen umgeschichtet werden. Auch an den Bestimmungen für Leiharbeit wird wieder gebastelt. Nur ein Punkt in den Regierungsplänen scheint den davon Betroffenen eine relative Verbesserung zu bringen: Für Mütter soll es nach erziehungsbedingter mehrjähriger Arbeitspause einen frischen Anspruch auf Arbeitslosengeld geben.

Das Ganze ist noch zu stoppen: Pläne von CDU und FDP

Vorstellungen aus der CDU heraus zeigen, was alles möglich ist und worauf wir uns über das hinaus, was jetzt von Rot-Grün kommt, noch einstellen müssen. Die Arbeitslosen, die selbstverständlich auch nach diesem Vorschlag auf Sozialhilfe verwiesen werden, dürfen Arbeit grundsätzlich nicht ablehnen. Tun sie es doch, kann die Leistung drastisch zusammengestrichen und dauerhaft in Essengutscheine und



**1. MAI IN BREMEN:
»FAUL IST DAS SYSTEM, NICHT DER ARBEITSLOSE«**

sonstige Sachleistungen umgewandelt werden – ein bereits bei Asylsuchenden erprobtes Verfahren. Auch NRW-Arbeitsminister Schartau (wie Riester SPD und IG Metall) will Geldleistungen umwandeln – in »professionelle Hilfe« bei der Jobsuche, auf die Arbeitslose ohnehin Anspruch haben, jedenfalls vom Arbeitsamt: unter »professionell« werden hier allerdings private Vermittler verstanden.

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Wulff will die Arbeitslosenversicherung nach dem Muster von privaten Lebensversicherungen organisieren. Dies entspricht auch Vorstellungen aus der FDP. Eine Mindestsicherung soll bleiben, ansonsten der Versicherte aus einem Katalog von Leistungen ganz individuell bestimmen, welche Risiken er absichern möchte, zum Beispiel Anspruch auf Arbeitslosengeld schon vom ersten Tag an, Berufs- und Tarifschutz, Option auf eine ABM-Stelle usw. Hier ist von gesellschaftlicher Solidarität überhaupt nicht mehr die Rede, sondern lediglich von rationaler Kalkulation, individueller Zahlungsfähigkeit und hiernach bemessenem Versicherungsanspruch. Der Einzelne ist seines Glückes Schmied und darf dabei nicht gegängelt werden – wie bei der privaten Zusatzrente. Wer es nicht schafft, bekommt Sozialhilfe.

Ein Mitglied der CDU-Sozialausschüsse lehnte dies ab, sprach von »brutaler Risikoselektion« und beklagte einen »brutalstmöglichen Angriff auf 50 Jahre gute Sozialpolitik der Union« (Jungle World Nr. 18/2001). Es wäre in der Tat erneut ein tiefer Einschnitt: Dauerhafte Ausgrenzung durch Abschaffung des Solidarprinzips und Individualisierung des Risikos Arbeitslosigkeit wird nicht nur in Kauf genommen, sondern bewusst angestrebt.

Zu lange auf Rot-Grün und die Konjunktur vertraut

In einem ironisch geführten Interview in der »jungen welt« vom 17. 4. 2001 geht ein Mitglied der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) auf die Frage ein, warum derzeit so wenig Widerstand von Arbeitsloseninitiativen komme: »Nicht, dass wir zu faul sind oder uns vorm Widerstand drücken wollen, aber wir haben einigermassen gebannt auf den Aufschwung gestarrt – wie das Kaninchen auf die Schlange.« Und zu Rot-Grün: »Mit den bundesweiten Protesttagen gegen Arbeitslosigkeit und Armut im Jahr 1998 haben wir der rot-grünen Regierung zum Durchbruch verholfen. Seitdem protestieren wir kaum noch. Wir bemühen uns, den Aufschwung durch unsere Existenz so wenig wie möglich zu stören. Ein

wenig mehr Dankbarkeit hätten wir schon erwartet.« Zu den Gewerkschaften: »Wir wollen aber nicht zuviel verlangen. Auf die Gewerkschaften warten bedeutsamere Aufgaben als sich um Nicht-Arbeit zu kümmern.«

Die Hoffnungen von 1998, mit der Abwahl der Kohl-Regierung wäre der Sozialabbau wenigstens zu bremsen, haben sich spätestens mit Riesters Rentenreform als Illusionen erwiesen. Die Sozialpolitik der »Neuen Mitte« setzt unter dem Stichwort »Fördern und Fordern« ebenfalls auf Bekämpfung der Arbeitslosen statt der Arbeitslosigkeit. Arbeitslose und SozialhilfebezieherInnen merken es im Geldbeutel und im Ton auf den Ämtern. Der moralische Druck auf Arbeitslose in der Öffentlichkeit verschärft sich eher, seitdem die Kohl-Regierung nicht mehr als Popanz für Sozialproteste zur Verfügung steht.

Die geringe Wahrnehmung der Arbeitslosen-Initiativen in der Öffentlichkeit hat auch objektive Gründe. Vor allem der Mangel an ökonomischer Macht, die Vereinzelung in der Lebensweise und der diskriminierte gesellschaftliche Status macht es schwierig, dass von Erwerbsarbeit ausgegrenzte Menschen genügend gesellschaftlichen Druck organisieren können. Sie brauchen Solidarität der Beschäftigten, auch in deren ureigensten Interesse. Erfahrungsgemäß geschieht dies in Betrieben und Gewerkschaften nicht von allein, eigener Einsatz ist nötig, um Einfluss zu nehmen. Bundesweite Zusammenschlüsse von Initiativen wie die »Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen« und die »Bundesarbeitsgemeinschaft Erwerbslose« (BAG-E) klagen über den Rückgang von Aktivitäten und Solidarität.

Am 7. Juni 2001 fand in der Tradition der »Jagoda-Tage« ein ohnehin geplanter bundesweiter Protesttag statt, der nun im Zeichen der aktuellen Faulenzer-Debatte stehen sollte. Die Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen, die BAG-E, der Arbeitslosenverband Deutschland und andere bundesweite Zusammenhänge riefen dazu auf. In bundesweit mehr als 70 Städten wurden Veranstaltungen mit RednerInnen von Gewerkschaften, Flugblättern, Unterschriftenlisten, Infostände etc. organisiert (Liste der Koordinierungsstelle unter: www.erwerbslos.de). Schauplätze von Kundgebungen waren Arbeitsämter, Fußgängerzonen der Innenstädte, Bahnhöfe und andere repräsentative Einrichtungen. In der Berichterstattung der bürgerlichen Medien spielten diese regionalen Aktionen jedoch kaum eine Rolle.

Auf internationaler Ebene versuchte die Euromarsch-Bewegung gegen den EU-Gipfel vom 13. bis 16. Juni im schwedischen Göteborg zu mobilisieren und Zusammenhänge der EU-Politik zu thematisieren. So wurden zum Beispiel im vergangenen Jahr in Frankreich Eingliederungsverträge, wie sie von Rot-Grün in der BRD jetzt angepeilt werden, durchgesetzt und von der CFDT (einem der drei großen Gewerkschaftsbünde) unterschrieben. Zu den weiteren Plänen auf EU-Ebene gehören u.a. ein Aktionsplan für die Schaffung eines europäischen Arbeitsmarktes bis zum Jahr 2005 (mit entsprechenden Mobilitätsanforderungen an Auszubildende, Arbeitslose usw.) und die Regelung der Zuwanderung von ArbeitsmigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten.

Sind Gewerkschaften noch konfliktfähig?

Die hier beschriebenen Regierungspläne sind, wie zu erwarten und vom Arbeitsministerium bekannt gegeben, Ergebnisse von Absprachen im »Bündnis für Arbeit, Ausbildung

und Wettbewerbsfähigkeit«. Die Botschaft für uns heißt mal wieder: Wenn wir uns dagegen wehren, ob in Gewerkschaften oder Erwerbsloseninitiativen, wird ein kräftiger Wind aus den Chefetagen des DGB und der Einzelgewerkschaften jedenfalls nicht in unserem Rücken wehen.

In den Gewerkschaften stehen Arbeitslose eher am Rande des Interesses. Für die Mehrheit der FunktionärInnen zählt zunächst einmal, dass gewerkschaftliche Kampf- und Finanzkraft in erster Linie von erwerbstätigen Mitgliedern kommt. Alle anderen – RentnerInnen, Auszubildende und eben auch Arbeitslose – gelten eher als Kostgänger, die – im Falle der zweit- und drittgenannten – möglichst (wieder) in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu bringen sind, damit sie volle Beiträge zahlen und ggf. als Streikpotential zur Verfügung stehen. Obwohl die Massenarbeitslosigkeit als Schwächung der gewerkschaftlichen Position wahrgenommen wird, wirken Forderungen nach ihrem Abbau häufig wie ein nicht sehr ernst gemeintes, pflichtgemäß abgeleitetes Ritual, um Erwartungen der Mitglieder Genüge zu tun. Die offensichtliche Kluft zwischen Überstunden in den Betrieben und Schlangen von Erwerbslosen in den Arbeitsämtern wird als gesellschaftlicher Skandal in 1.-Mai-Reden angeprangert, Konsequenzen folgen nicht. Betriebliche Abwehrkämpfe gegen Entlassungen finden immer weniger statt und werden nicht zu betriebsübergreifender Solidarität genutzt.

Was politisch für die Gewerkschaftsführungen in DGB, ver.di, IGM und allen anderen zählt, ist das Einvernehmen mit Kapital und Staat. Im Spitzengespräch des Bündnisses für Arbeit vom 4. März⁴⁾ haben sie einträchtig beschlossen, »angesichts der günstigen Rahmenbedingungen alle Möglichkeiten für Neueinstellungen und langfristigen Beschäftigungsaufbau in den Betrieben« zu nutzen. Dazu gehören flexibilisierte Arbeitszeit sowie Ausweitung von Teilzeit- und befristeter Beschäftigung. Weiter heißt es klipp und klar: »Wirtschaft und Gewerkschaften begrüßen, dass die genannten Maßnahmen in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden und zur Umsetzung dieser Reform bis zum Juni 2001 ein Gesetzentwurf vorgelegt wird.« Vorgaben zu erfüllen, die der Markt und das Einvernehmen mit dem Kapital verlangen: darin erschöpft sich das Handeln dieser Geschäftsführung. Auch die alte Forderung an die Unternehmen, Überstunden abzubauen, wurde nach dieser Besprechung von Dieter Schulte öffentlich zurückgenommen.

Zwei aktuelle Beispiele⁵⁾ stehen für diese Bereitschaft der IG Metall, für die sie auch die hart erkämpfte 35-Stunden-Woche notfalls wieder aufgibt. Bei Bosch in Baden-Württemberg soll mit einem eigenen Tarifvertrag für Betriebe mit Schwerpunkt in Forschung und Entwicklung die Arbeitszeit im Betrieb Schwieberdingen erheblich verlängert werden, nämlich von 35 auf 40 Stunden, von denen wiederum nur 37,5 Stunden bezahlt werden. Der Rest wird auf ein Langzeitkonto gutgeschrieben, ein zinsloser Kredit an das Unternehmen, der für vorgezogenes Ausscheiden im Alter verwendet werden kann. Die IG Metall lässt sich hier vom Unternehmerverband mit der Drohung der Tariffucht aus diesem Bereich erpressen. Die Bezirksleitung Stuttgart will diesen Tarifvertrag offenbar unterschreiben.

Das neue Tarifmodell »5000x5000« bei VW, mit dem – zunächst noch – ein begrenztes Projekt durchgeführt werden soll, »wird die Aktionäre und die Arbeitslosen freuen«, so VW-Personalchef Hartz bei dem allzu bekannten Versuch, Arbeitslose gegen tarifliche Schutzregeln zu instrumentalisieren. Die Obergrenze der flexiblen Arbeitszeit soll das Arbeitszeitgesetz vorgeben: 6 mal 8 Stunden pro Woche. Arbeit, Lernen und Freizeit sollen im Betrieb integriert werden. Jeder Beschäftigte erhält einen PC zur Abwicklung seiner privaten Bankgeschäfte vom Arbeitsplatz aus, und in seiner Arbeitskleidung sollen Hightech-Sensoren der Überwachung seiner Gesundheit dienen. Noch weigert sich die IG Metall, diesen Vertrag abzuschließen, doch beim Betriebsrat sieht es schon anders aus. »Bei VW ist die Mitbestimmung ein Erfolgsmodell«, so der Personalchef, »bei VW ist noch keine zukunftsgerichtete unternehmerische Entscheidung an der Mitbestimmung gescheitert« (Interview in der »Frankfurter Rundschau«, 16.5.2001).

Innengewerkschaftlich fehlt es derzeit an wirklich relevanter Opposition gegen diesen Kurs. Es gibt es keine Auseinandersetzungen um Alternativen, die vergleichbar wären mit den Diskussionen um die Arbeitszeitverkürzung und dem anschließenden Arbeitskampf von 1984 um das Etappenziel der 35-Stunden-Woche. Schon damals wurde im Ergebnis der Tarifrunde dieser Fortschritt mit Arbeitszeitflexibilisierung erkaufte, um so auch Unternehmerinteressen entgegen zu kommen. Im Unterschied zu heute bewies die Gewerkschaft damals aber noch Konfliktfähigkeit und mobilisierte für eine gesellschaftspolitische Position, die dem Kapital Fesseln anlegen sollte. Heute dagegen wird mit Unterstützung der Gewerkschaften die Produktivitätssteigerung nicht für mehr Freizeit genutzt, sondern zur besseren Ausbeutung der Arbeitskraft im Betrieb, einschließlich der Preisgabe früherer Fortschritte. Auf diese Weise tragen die Gewerkschaften selbst dazu bei, dass Arbeitslosigkeit nicht abgebaut, sondern eher gesteigert und/oder in den Niedriglohnsektor entsorgt wird.

Die Aufgaben für klassenbewusste KollegInnen ergeben sich aus der Notwendigkeit, aktuell der Diffamierung der Arbeitslosen und der falschen Reaktion der im Co-Management befangenen Gewerkschaften hierauf entgegenzutreten. Aktionen von Arbeitslosen-Initiativen wie die zum 7. Juni müssen unterstützt werden, um ihnen einen möglichst breiten Raum in der inner- und außergewerkschaftlichen Öffentlichkeit zu verschaffen. Unverantwortliche Äußerungen von Spitzenfunktionären wie Dieter Schulte, in denen einer Arbeitszeitverlängerung bis zur 48-Stunden-Woche und Langzeitkonten zum Abfeiern von Überstunden das Wort geredet wird, dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

Die Gemeinsamkeit der Interessenlagen von Beschäftigten und Erwerbslosen muss deutlich bleiben: Solange Gewerkschaften es zulassen, dass Arbeitslosigkeit gegen ihre Tarifforderungen ausgespielt wird, können wir alle nur verlieren. Nicht aus dem Verzicht im »Bündnis für Arbeit« entsteht Solidarität, sondern durch die Durchsetzung kräftiger Lohnerhöhungen, Umwandlung von Überstunden in feste Arbeitsplätze, durchgreifende Arbeitszeitverkürzung.

10.6.2001 ■

4 Der volle Wortlaut der Erklärung steht im Internet unter: www.igmetall.de/aktuell/buendnis/erklaerung_040301.html.

5 An dieser Stelle kann nur kurz auf die Zusammenhänge verwiesen werden, die genauere Darlegung erfordert einen eigenen Artikel.

Zum Nachruf auf Heinz Kundel in »Arbeiterpolitik 1/2001« muss ich eine Korrektur anbringen: Das Bild Seite 6 unten links zeigt eine Demonstration der »Sozialistischen Arbeiterjugend« (SAJ), dem Jugendverband der SPD, in Bremen im Jahre 1929. Das Transparent hatten die Bremer SAJler vom Internationalen Jugendtag in Wien 1929 mitgebracht.



Mit der einsetzenden Arbeitslosigkeit hatte sich die »Sozialistische Arbeiterjugend« politisiert. Sie duldet keine Nationalflaggen, gemäß ihrem Leitwort: »Unser Vaterland ist die Sozialistische Internationale«. Sie weigerte sich, an der Verfassungsfeier teilzunehmen. Begründung des zum Vorsitzenden gewählten Karl Grobe: »Der Internationale Jugendtag in Wien habe als Beispiel internationaler Solidarität so stark

gewirkt, dass sie an einer national betonten Verfassungsfeier glaubte nicht teilnehmen zu können. ... Die Republik ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen, sie ist ein Kampfbojen der Arbeiterklasse, aber wir wollen die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch die sozialistische überwinden.« (Bremer Volkszeitung 29.2.1930). Karl Grobe ist auf Eurem Bild übrigens der Transparent-Träger, der rechts zu sehen ist.

Eine weitere Ursache der Politisierung der SAJ war der Bruch des Wahlversprechens durch die SPD auf Reichsebene. Die SAJ hatte 1928 den SPD-Wahlkampf mit der Losung »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« unterstützt. Nun war sie empört über den Beschluss der Regierung Müller, den Panzerkreuzer doch zu bauen. Als im Oktober 1931 auch in Bremen von SPD-Oppositionellen die »Sozialistische Arbeiterpartei« (SAP) gegründet wurde, entschieden sich auf einer Versammlung von 300 anwesenden Jugendlichen



230 für den Beitritt in diese neue Partei und die Gründung des »Sozialistischen Jugendverband« (SJV). Unter diesen Jugendlichen wirkten dann Heinz Kundel und seine Jugendgenossen aus der KJO. Besonders erinnert sei an dieser Stelle an Heinz' besten Freund **Christl Stein**, der im illegalen Kampf in Bremen eine große Rolle spielte und im Russlandfeldzug gefallen ist – ein Bild lege ich bei. Sozialistische Grüsse, P. O., Bremen ■

KORRESPONDENZEN

■ NAZI-AUFMARSCH AM 1. MAI

Mit Polizeiknüppeln für ein weltoffenes, multikulturelles Frankfurt

Zum 1. Mai hatten die Neonazis den Mund besonders voll genommen. Frankfurt am Main, wo sie kaum über eine organisierte Basis verfügen, sollte einer ihrer Aufmarschorte werden. Bekannte Namen der Szene wie Manfred Röder, Christian Worch und der ehemalige NPD-Vorständler Steffen Hupka waren als Sprecher angekündigt.

In ihrem Aufruf schreiben die Neonazis: »Frankfurt ist nicht nur Multi-Kulti-Stadt... Es ist das politische Zentrum der Freunde eines Ignatz Bubis (Friede seiner Asche)... In Frankfurt trieb die sogenannte »Frankfurter Schule« ihr Unwesen und legte die Grundlagen für den geistigen und moralischen Verfall unseres Volkes... Frankfurt ist die Stadt der Banker. ... Frankfurt ist die letzte Bastion unserer Gegner, in der sie sich sicher fühlen.«

Damit war ideologisch der Kampf gegen die kapitalistische »Globalisierung« angesagt. Als Symbol dafür hatten die Neo-Faschisten die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bundesbank auserkoren. Wie nicht anders zu erwarten, rief dies die um das Image der Stadt als internationaler Ban-

kenstandort und »City of the Euro« besorgten lokalen politischen Führungsschichten auf den Plan. Das Ordnungsamt versuchte zunächst, auf gerichtlichem Wege ein Verbot der Demonstration und der Kundgebungen vor Bundesbank und EZB durchzusetzen. Als besonderes Argument konnte die Stadt dabei den Umstand ins Feld führen, dass am 1. Mai mit der Kundgebung des DGB und dem Radrennen »Rund um den Henninger-Turm« traditionell zwei weitere Großveranstaltungen in Frankfurt stattfinden, wodurch die Polizei überlastet sei.

Wie in anderen Fällen dieser Art stellten die Gerichte aber das Recht der Neo-Nazis auf »Demonstrationsfreiheit« über die Sicherheitsbedenken der Behörden. Sie folgten damit der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, das den Neo-Nazis eine Kundgebung an der Bertramswiese erlaubt, einem etwa zwei Kilometer vom Zentrum entfernt liegenden Gelände, das von Wohngebieten, den Gebäuden des hessischen Rundfunks und ehemaligen Einrichtungen der US-Army umgeben ist. Gestattet wurde auch ein Marsch zur etwa 20 Minuten entfernt liegenden Bundesbank. Die geplante Kundgebung vor der EZB in der Innenstadt wurde verboten.

Auf dem Platz vor der EZB durfte eine Gegenkundgebung stattfinden, organisiert vom so genannten »Römerbergbündnis«, einem Zusammenschluss von DGB, großen Parteien, Kirchen, Sozialorganisationen und Einzelpersonlichkeiten.

Hauptrednerin dieser Kundgebung sollte Oberbürgermeisterin Petra Roth sein.

Vor der EZB: gemeinsam für den Finanz-Standort Frankfurt?

Die Ereignisse am 1. Mai waren davon gekennzeichnet, dass es eine zweite Gegendemonstration gab. Die »offizielle« Gegenkundgebung des Römerbergbündnisses sollte im Anschluss an die Mai-Kundgebung des DGB stattfinden. Deren Teilnehmer sollten nach der Kundgebung in einem kurzen Demonstrationszug zum nicht weit entfernt liegenden Willy-Brandt-Platz vor der EZB ziehen. Ein zweites, aus dem noch vorhandenen Spektrum von Autonomen und linken Gruppen getragenes Protestbündnis wollte direkt am Kundgebungsort gegen die Neo-Nazis demonstrieren und deren Demonstrationszug zur Bundesbank verhindern bzw. stören.

Eine Koordination beider Gegendemonstrationen gab es nicht und war auch im Vorfeld nicht ernsthaft versucht worden. Ein Zusammengehen war politisch unvereinbar. CDU-OB Roth würde wohl kaum mit radikalen Linken zusammen demonstrieren; sie muss zudem mit ihrem Bekenntnis zu Frankfurt als »Multi-Kulti«-Stadt auf den Widerstand des in der Hessen-CDU traditionell stark vertretenen ausländerfeindlichen und nationalistischen Flügels Rücksicht nehmen. Die Mehrheit von SPD und Gewerkschaften gab dem Bündnis mit der CDU im Namen der »Mehrheit der Anständigen« den Vorrang, ebenso die Grünen, die in Frankfurt auf eine Stadtratskoalition mit der CDU hofften.

Auf der anderen Seite sind Autonome und andere linke Gruppen in Frankfurt kaum im gewerkschaftlichen Spektrum verankert. Auch die Kontakte zu den zahlenmäßig geringen Kräften der lokalen Gewerkschaftslinken sowie ins Spektrum von PDS und linker Sozialdemokratie sind schlecht. Die PDS um die ausgeschlossenen Ex-Sozialdemokraten Fred Gebhardt und Heiner Halberstadt ist weitgehend fixiert auf die Arbeit im Stadtrat. Unter diesen Vorzeichen waren die Gegendemonstranten nicht nur räumlich und politisch getrennt. Sie machten auch ganz unterschiedliche Erfahrungen.

An der DGB-Kundgebung zum 1. Mai nahmen dieses Mal etwa 4000 Menschen teil – vielleicht etwas mehr als in den vergangenen Jahren. Etwa die Hälfte beteiligte sich an der anschließenden Kundgebung vor der EZB. Nicht wenige beschlich hier das ungute Gefühl, als Staffage für die Verteidigung des multikulturellen Images des Finanzstandortes Frankfurt zu dienen. Dieser Unmut entlud sich in Pfiffen und Missfallensbekundungen gegen OB-Roth, der man natürlich auch die rassistisch unterfütterte »Doppelpass«-Kampagne der Hessen-CDU im letzten Landtagswahlkampf und die Rolle der Frankfurter CDU als Empfängerin »jüdischer Vermächtnisse« und anderer Geldspenden im CDU-Finanzskandal vorhielt.

Damit nicht genug, kam es während der Rede Roths zu einem massiven Polizeieinsatz. Eine linke türkische Gruppe hatte aus der Kundgebung heraus zu einem Marsch zum Kundgebungsplatz der Neo-Nazis an der Bertramswiese aufgerufen. Die türkischen Kollegen wurden alsbald von starken Polizeikräften aufgehalten. Es kam zum Einsatz von Knüppeln und Wasserwerfern. Diese rückten immer näher an die Kundgebung heran, Teilnehmer der Kundgebung bewegten sich zur Unterstützung der türkischen Kollegen in Richtung



Die Exekutive der Bürgerlichen Demokratie: Links...

Polizeisperre. Im entstehenden Chaos und unter den zunehmenden Buh-Rufen der Kundgebungsteilnehmer konnte die Oberbürgermeisterin ihre Rede nur mit Mühe und Not zu Ende bringen.

Der DGB-Vorsitzende Fiedler richtete schließlich einen wortstarken Appell an die Polizei, den Einsatz der Wasserwerfer einzustellen. Von einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Neo-Nazis am Kundgebungsort war aber auch in dieser Situation nichts zu hören.

Die Ereignisse an der Bertramswiese

Am Kundgebungsort der Neo-Nazis war die Situation zuge-spitzt. Hier hatten sich schon am frühen Vormarsch eine größere, schwer zu schätzende Zahl von Gegendemonstranten eingefunden, die die Straßen zwischen dem Versammlungsort der Faschisten und der Bundesbank blockierten. Einzelne Gruppen von jeweils Hunderten Demonstranten zogen durch die Straßen, immer wieder gestoppt von starken Polizeieinheiten. Der U-Bahn-Verkehr in diesem Viertel war seit dem Morgen eingestellt worden. Drei von sieben U-Bahnlinien der Stadt waren damit über Stunden lahmgelegt.

4000 Polizisten sollen an dem Tag Einsatz geleistet haben. Sie setzten durch, dass die Neonazis sich trotz der massiven Gegendemonstration an ihrem Treffpunkt sammeln konnten. Der Höhepunkt des polizeilichen Operationsplans bestand darin, dass die Faschisten von ihren weit außerhalb der Stadt gelegenen Busparkplätzen in Sonderwagen der U-Bahn zu diesem Treffpunkt gebracht wurden. Die Stadtwerke und auch die U-Bahn-Fahrer wurden damit für die Durchsetzung des »Demonstrationsrechtes« der Neo-Nazis eingespannt. Fahrgästen, die von der Innenstadt aus die U-Bahn benutzen wollten, wurde vom Personal der Stadtwerke mit Hinweis auf die von Randalierern verursachten Schäden der Eintritt in die U-Bahn-Stationen verweigert.

Auf Seiten der Gegendemonstrationen forderte dies Wut, Empörung und massive Gegenreaktionen heraus. An der Haltestelle Miquelallee wurden die zwei U-Bahn-Züge mit den Neonazis mit Steinen beworfen, Demonstranten blockierten die Gleise. Die Polizei setzte massiv Knüppel ein, räumte die Sitzblockade ab und nahm eine größere Zahl von Demonstranten fest. Unter den Festgenommenen befand sich auch der am Vortag frisch gewählte Juso-Vorsitzende des Bezirks Hessen Süd. Ihn hielt die Polizei insgesamt über acht Stunden in Gewahrsam. Auch wurde ihm das Handy abgenommen und erkennungsdienstlich ausgewertet.



...WIRD ZUGESCHLAGEN, RECHTS WIRD GESCHÜTZT

Die Gegendemonstrationen hatten immerhin einen Erfolg: Die rund 1000 angereisten Nazis mussten es bei ihrer Kundgebung auf der Betramswiese belassen. Eine Demonstration war ihnen nicht möglich: Die Polizei hätte jeden Meter Straße frei prügeln müssen.

Um die weitläufigen Absperrungen herum gab es drei Sammelpunkte der Gegendemonstranten, an denen den Tag über jeweils mehrere hundert Menschen anwesend waren. Mehrfach gab es Einkesselungen größerer Zahlen von Demonstranten. Einen am Nachmittag begonnenen Demonstrationmarsch von einem der Sammelpunkte mit etwa 1000 Teilnehmern ließ die Polizei zunächst gewähren und hielt ihn dann in einem Wohngebiet stundenlang auf. In solchen Situationen zeigte sich allerdings auch, dass die einzelnen Gegendemonstrationen untereinander nicht immer koordiniert waren. Eine gemeinsame Absprache über das weitere Vorgehen mit anderen Gruppen kam nicht zustande.

An anderen Stellen zeigte sich allerdings der Vorteil der linken Zusammenhänge: Diese standen mit Fahrradkurieren, Handys und Megafonen miteinander in Kontakt und waren so jederzeit im Bilde über die Vorgänge in anderen Kesseln bzw. Demonstrationszügen. Im wesentlichen entsprach der Ablauf der gesamten Antinazi-Aktivitäten dem, was die linken Vorbereitungstreffen geplant hatten, lediglich die hohe Zahl der Teilnehmer überraschte – positiv natürlich.

Die Grenzen der »De-Eskalation«

Wie kaum anders zu erwarten, standen in der Berichterstattung der Medien wieder einmal die »Krawalle« im Mittelpunkt. Besonders unrühmlich tat sich dabei der Hessische Rundfunk hervor, dessen Redakteure eigentlich durch den Blick aus dem Fenster einen anderen Eindruck hätten haben müssen. Einzig die Lokalredaktion der »Frankfurter Rundschau« berichtete ungeschminkt über die Ereignisse und lieferte in den folgenden Tagen noch manche kritische Information zum Polizeieinsatz. Die unerfreulichste: Prügelnde Polizisten hatten bei einem Einsatz einen über 80-jährigen Rentner niedergedrückt, der unbeteiligt auf dem Bürgersteg stand. Der Mann erlitt einen Becken- und einen Oberschenkelhalsbruch und wird wohl für den Rest seines Lebens nicht mehr gehen können.

Den Rundschau-Redakteuren war wohl auch das politische Spiel klar, das hinter dem Polizeieinsatz stand. Der massive Polizeieinsatz und der provokative Einsatz der U-Bahn zum Transport der Neo-Nazis geschah natürlich mit Deckung

durch die für den Einsatz zuständige Behörde, das hessische Innenministerium. Dass die hessische Landesregierung einen stammen Law-and-order-Kurs fährt, ist weithin bekannt. Dass Ministerpräsident Koch sein durch den Parteispendenskandal angeschlagenes Image durch starke Sprüche auf dem Feld der so genannten Inneren Sicherheit aufzumöbeln versucht, war ebenfalls schon zu beobachten. Der Frankfurter Neo-Nazi-Aufmarsch kam gerade recht, um mal wieder zu demonstrieren, dass die eigentliche »Gefahr für den Rechtsstaat« nicht von rechts, sondern von links ausgeht.

Es spricht für sich, dass von SPD und Grünen zu den Ereignissen um den 1. Mai in Frankfurt keine kritischen Fragen an Landesregierung oder Stadt gestellt wurden. Bei den Grünen ist dies angesichts ihrer damaligen kommunalpolitischen Koalitionsabsichten nicht verwunderlich. Aber auch für die SPD scheint klare Linie zu sein, mit Koch nicht die Konfrontation auf dem Feld der Inneren Sicherheit und den damit zusammenhängenden Fragen von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Neo-Nazis zu suchen. Der Schock der Wahlniederlage gegen Kochs »Doppelpasskampagne« sitzt nach wie vor tief. In der gegenwärtigen Debatte in Berlin um die Zuwanderungsgesetze demonstriert die SPD, dass man sich auf diesem Feld nur noch zu den von der CDU gesetzten Bedingungen bewegen will.

Auch in den Frankfurter Gewerkschaften wurden die Ereignisse am 1. Mai hinterher wenig diskutiert. Angesichts der Orientierung des DGB auf das Bündnis mit SPD, CDU und den in Frankfurt tonangebenden Wirtschaftskreisen mag dies nicht verwunderlich sein. Kritisch anzumerken bleibt aber, dass auch der Betriebsrat der Verkehrsgesellschaft Frankfurt bzw. die zuständige Gewerkschaft Verdi nicht mit einem Wort den großflächigen Einsatz gewerkschaftlich organisierter Kolleginnen und Kollegen bei den Verkehrsbetrieben hinterfragte.

Allein in der IG Metall wurde der Kurs des Frankfurter DGB kritisiert, der von Anfang an darauf hinaus lief, ein direktes Zusammentreffen mit den Faschisten zu vermeiden. In den Frankfurt-Seiten der aktuellen »metall« (Nr. 6) heißt es dazu: »Die Redebeiträge von Vertretern des Römerbündnisses ... waren nicht ausreichend gewesen, den Naziaufmarsch zu verhindern. ... In der IG Metall, aber auch im DGB und den anderen Gewerkschaften muss diskutiert werden, welche Aktionsformen geeignet sind, künftig Aufmärsche der Faschisten wirksam zu verhindern.«

Dem entschlossenen Auftreten der Anti-Nazi-Demonstrationen war es zu verdanken, dass der Aufmarsch der Nazis nicht gänzlich unbehindert vor sich gehen konnte. Die türkischen Kollegen, die am Willy-Brandt-Platz zum Zusammengehen mit den Gegendemonstranten am Kundgebungsort aufforderten, haben das Heuchlertum des »Anti-Faschismus« und der Multi-Kulti-Propaganda der Herrschenden deutlich gemacht. Zu wünschen ist, dass unter den verschiedenen antifaschistischen Kräften in Frankfurt diese Probleme in Zukunft auch politisch und mit praktischen Folgen diskutiert werden. Die Erfahrungen bei der Gegendemonstration könnten dazu einen Anstoß geben – nicht zuletzt der Umstand, dass an den Demonstrationen und Blockaden »vor Ort« ein unerwartet großer Anteil von Jugendlichen teilnahm, die man aus dem Spektrum der immer kleiner werdenden linken Organisationen und Gruppen nicht kannte.

C., B./Ffm 19.6.2001 ■



■ DER 1. MAI IN BERLIN

NPD-Aufmarsch erlaubt – »Revolutionäre 1.-Mai-Demo« verboten

Der diesjährige Berliner 1. Mai wäre wohl als Ritual so wenig spektakulär wie in den vergangenen Jahren verlaufen, hätte nicht der Innensenator Werthebach durch seine Verbote zu einer Politisierung und zum Anheizen der Stimmung beigetragen. Seit seinem Amtsantritt verfolgt er das Ziel, das Demonstrationsrecht gesetzlich weiter einzuschränken. Als Vorwand dienten ihm in den vergangenen Jahren die Nazi-Aufmärsche und deren Verbote, die allerdings jedesmal von den Verwaltungsgerichten wieder aufgehoben wurden. In diesem Jahr sollte das Verbot der sogenannten Revolutionären 1.-Mai-Demonstration diesem Anliegen dienen. »Jeder Steinwurf am 1. Mai sei ein Argument für die Verschärfung des Demonstrationsrechtes«, so der Innensenator in einem Interview.

Das Oberverwaltungsgericht erlaubte unter Auflagen den Mai-Aufmarsch der NPD – verletzte ihn allerdings in das Ostberliner Plattenbauviertel Hohenschönhausen. Gleichzeitig bestätigte es das Verbot der linken Demonstration. Die politische Botschaft, die der CDU-Senator und die Gerichte damit verkündeten: Der Hauptfeind steht links, der Rechtsextremismus ist ein ostdeutsches Randproblem, das man im Griff hat.

Die Berliner CDU hatte in den vergangenen Monaten die öffentliche Debatte über den Rechtsextremismus mit Sorge verfolgt. Während sich ihre liberalen Repräsentanten angesichts einer breiten Stimmung widerwillig in den »Aufstand der Anständigen« einreihen, lehnte der konservativ-reaktionäre Parteiflügel eine Beteiligung an diesem »Bündnis aller Demokraten« ab. Der 1. Mai bot die Gelegenheit, die Feindbilder wieder zurechtzurücken und die eigenen Reihen zu schließen. Außerdem gab das Verbot der 1.-Mai-Demonstration der CDU die Möglichkeit, die Themen der öffentlichen Diskussion in der Hauptstadt – zumindest vorübergehend – wieder zu bestimmen und von der Koalitionskrise und dem Spendenskandal ihres Fraktionsvorsitzenden abzulenken.

Bis in weite Kreise des Bürgertums und der Presse war die Hauptstadt-CDU in den vergangenen Wochen unter Beschuss geraten. Während der Skandal um die Berliner Bankgesellschaft die Sympathiewerte der Partei bei Meinungsumfragen stetig sinken ließ, füllten Spendenskandal, Koalitionskrise und die politische Schwäche der CDU und des Regierenden Bürgermeisters die Schlagzeilen der Berli-

ner Presse. Der Ruf nach einem Ende der großen Koalition wurde lauter. Selbst für die »Berliner Zeitung« und den »Tagesspiegel« stellte die Beteiligung der PDS an einer Senatskoalition kein Tabuthema mehr dar; Signal wohl auch für die Grünen, die eine Zusammenarbeit mit der PDS immer strikt abgelehnt hatten, und die nun für eine rosa-rot-grüne Koalition warben.

Auch die SPD, deren Parteiführung und Fraktion unter allen Umständen an der Regierungskoalition festhalten will, geriet unter Druck und kündigte das Ende ihrer Regierungsbeteiligung an, sollte CDU-Fraktionschef Landowsky nicht zurücktreten. Dabei steht die eigentliche Bewährungsprobe der Koalition, die Verabschiedung des Berliner Haushalts, noch bevor. Schon wenige Wochen nach der »Propagandaschlacht« um den 1. Mai hat die Wirklichkeit die Koalitionäre eingeholt. Landowsky ist zurückgetreten, die Probleme bleiben weiter ungelöst, wie die Krise um die Landesbank und die faktische Pleite des Landes Berlin.

Innensenator Werthebach probt den Ausnahmezustand

Zwei Wochen vor dem 1. Mai begannen die Boulevardblätter und das Lokalfernsehen sowie der Innensenator und der Polizeipräsident, sich gegenseitig hochzuschaukeln und die Stimmung anzuheizen. Während die Presse immer neue Horrorszenarien an die Wand malte (»Chaoten wollen am 1. Mai sogar den Notruf der Feuerwehr lahmlegen, wurde die Drohungen aus der Innenbehörde immer martialischer. Insgesamt 9000 Polizisten aus allen Bundesländern, darunter 3000 BGS'ler, wurden zum 1. Mai zusammengezogen. An die Berliner erging die Aufforderung, an diesem Tage Kreuzberg zu meiden und seinen Personalausweis stets bei sich zu führen. 200 Personen aus der Antifa erhielten vor dem 1. Mai eine polizeiliche Anordnung, in welchen Stadtvierteln und Straßenzügen sie sich an dem betreffenden Tage nicht aufhalten dürfen unter Androhung eines Strafgebotes von 1000 DM bei Zuwiderhandlung. Der Regierende Bürgermeister – er verwaltet auch das Justizressort – kündigte eine sofortige und harte Bestrafung von Störern an. Schon am Vortag zeigte die Polizei in den Innenstadtbezirken Präsenz und kontrollierte ihnen verdächtig erscheinende Personen und Fahrzeuge.

Die gezielte Panikmache und Einschüchterung verfehlte allerdings ihr Ziel, wie sich am 1. Mai herausstellen sollte.

Bis in die Gewerkschaften und die PDS hinein hatte das Verbot der »Revolutionären 1.-Mai-Demonstration« und die Genehmigung des NPD-Aufmarsches für Unmut und Kritik gesorgt.

Die gewerkschaftliche Demonstration – immer geringere Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären

Der 1. Mai begann um 10.00 Uhr mit den traditionellen Demonstrationen der Gewerkschaften zum Roten Rathaus. Am Engeldamm, vor der ÖTV-Zentrale, hatten sich zunächst nur einige hundert Teilnehmer versammelt. Bis auf die HBV verzichteten nach Absprache alle in ver.di vereinten Gewerkschaften auf ihre traditionellen Fahnen. Für viele ungewohnt, die dadurch Schwierigkeiten hatten, ihr ArbeitskollegInnen zu finden. Der Zug glich eher einer Pflichtübung als der Demonstration gewerkschaftlicher und politischer Forderungen. So fehlten nicht nur die traditionellen Fahnen, sondern auch die Parolen und Transparente von linken Organisationen und oppositionellen Gewerkschaftern. Sie hatten in den vergangenen Jahren das Bild des 1. Mai mitbestimmt und ihre Kritik an der offiziellen Gewerkschaftspolitik zum Ausdruck gebracht. Nur die Grünen zeigten Präsenz, stellen sie doch jetzt den neuen ver.di-Vorsitzenden. Nachdem der Kanzler die Debatte um Arbeitslose und Faulheit vom Zaun gebrochen hatte, verteilten sie grüne Luftballons mit der Parole »Arbeit und Faulheit gerecht verteilen. Die Grünen« ohne auf den Widerstand und Protest der versammelten GewerkschafterInnen zu stoßen. Insgesamt war die Beteiligung gegenüber dem letzten Jahr noch weiter gesunken.

Die Kundgebung vor dem Roten Rathaus glich den Demonstrationen. Viele KollegInnen hatten sich erst hier eingefunden, meist um einmal im Jahr alte Bekannte zu treffen. An der Kundgebung zeigte niemand Interesse, schon während der Reden waren die Getränke- und Imbissbuden umlagert. Kennzeichnend für das Verhältnis der Gewerkschaften untereinander auch der Festplatz; die ver.di-Gewerkschaften hatten ihre Stände mit dem Rücken zu allen anderen aufgebaut. Abgrenzung, Misstrauen und Konkurrenz um potentielle Mitglieder bestimmen die Stimmung in den Apparaten.

Proteste am Rande des NPD-Aufmarsches

Eine Stunde nach Beginn der Gewerkschaftsaufzüge versammelten sich um 11.00 Uhr knapp 1000 Mitglieder und Anhänger der NPD in Hohenschönhausen. Hinter der Verlegung des Nazi-Aufmarsches durch das Oberverwaltungsgericht standen nicht nur politische, sondern auch polizeitaktische Überlegungen: Das Plattenbauviertel eignet sich hervorragend für den polizeilichen Schutz, zumal sich die Gegendemonstranten in diesem Stadtteil kaum auskennen. Bei vielen Linken haben die Ostberliner Neubaubezirke der Ruf, rechte Hochburgen zu sein.

Nicht nur durch die zeitliche Überschneidung, sondern auch durch die große Distanz mussten sich viele Gewerkschafter entscheiden. Sollten sie sich an den DGB-Demonstrationen oder an den antifaschistischen Aktionen beteiligen. Die Ortsverwaltung der IG Metall hatte unter anderem aus diesem Grund zwar die Protestaktionen verbal unterstützt aber nicht selber zur Teilnahme aufgerufen.

Die Polizei hatte im Umfeld der NPD-Route alle Gegenkundgebungen verboten. Dennoch hatten sich über 500 Antifaschisten eingefunden, die auch weitgehend unbehelligt

neben den Reihen der Nationaldemokraten ihren Unmut lautstark zum Ausdruck brachten. Weitergehende Aktionen oder eine direkte Konfrontation wurde durch die massive Polizeipräsenz im Ansatz verhindert. Gegen Ende der NPD Kundgebung stieß noch eine Gruppe Metaller mit ihren Gewerkschaftsfahnen zu den AntifaschistInnen – die einzig sichtbare Präsenz der Gewerkschaften an diesem Tag in Hohenschönhausen. Überraschend für viele Linke – sie stießen in der Plattenbausiedlung nur selten auf Aggressionen oder direkte Ablehnung. Die Stimmung war eher geprägt von politischem Desinteresse gepaart mit Neugier.

Erwähnenswert die Sprechchöre und Reden der NPD-Anhänger. Sie haben nicht nur die Parolen der Linken kopiert (»Globalisierung ist Völkermord, USA – internationale Völkermordzentrale«), sondern sprachen auch die Themen an, die für die abhängig Beschäftigten von Bedeutung sind. »Ob Schwarz-Gelb oder Rot-Grün, seit Jahren gibt es einen massiven Arbeitsplatz- und Sozialabbau, und die DGB-Bonzen schauen zu und dulden es.« Mit sozialistischer Phraseologie beschreiben sie die Verhältnisse, um darauf ihre völkische Antwort zu geben. »Nicht ein multikulturelles Europa des Kapitals, sondern ein Europa unabhängiger Völker« etc. Deutlich wurde hier die Entwicklung der letzten zehn Jahre in der rechten Szene. Nicht mehr nur der dumpfe Ausländerhass populistischer Rechtsparteien, sondern das geschickte Aufgreifen der sozialen Frage durch die NPD wird bestimmend für ihr Auftreten. Das macht wohl auch die Anziehungskraft auf ihre jugendlichen Anhänger aus.

Die »revolutionäre 1.-Mai-Demonstration« in Kreuzberg

Seit den Unruhen des 1. Mai 1987 fand alljährlich – meist in Kreuzberg – die »Revolutionäre 1.-Mai-Demo« statt. In den letzten Jahren hatte die Zahl der Organisationen, Gruppen und Initiativen, die sich an der Vorbereitung und Durchführung beteiligten, stetig abgenommen. Teilweise existieren sie nicht mehr oder sie haben sich zurückgezogen, weil der politische Losungen und Forderungen immer mehr in den Hintergrund gerieten gegenüber der jährlich zu erwartenden »Randale« – oft ausgelöst durch das militärische Auftreten der Polizei und deren Übergriffe auf die Demonstration. Der 1. Mai wurde auch in Kreuzberg immer stärker zu einem Ritual mit wenig politischem Inhalt. Trotzdem nahmen auch im letzten Jahr noch 15.000 Personen – überwiegend Jugendliche – teil, die damit Ihrer Abneigung gegen die bestehenden Verhältnisse zum Ausdruck brachten.

Das Verbot verlieh dem diesjährigen 1. Mai wieder ein konkretes politisches Ziel: Wir lassen uns das Demonstrationsrecht durch den Innensenator nicht nehmen, zumal die NPD marschieren darf. Das entsprach auch der Stimmung vieler türkischer und deutscher Anwohner Kreuzbergs, die während der Auseinandersetzungen des Abends ihre Sympathien für die Demonstranten zum Ausdruck brachten, unter anderem, indem sie ihnen die Haustüren als Fluchtweg vor der Polizei offenhielten.

Für den Nachmittag hatte die PDS-Bundestagsabgeordnete Angela Marquard einen Protestzug gegen das Verbot der 1.-Mai-Demonstration angemeldet. An die 10.000 Menschen nahmen an dieser, bis um 16.00 Uhr genehmigten, Aktion teil. Die Menschenmenge, die sich anschließend gesammelt hatte, wurde gegen 17.00 Uhr von der Polizei auf das am Mariannenplatz stattfindende Stadtteilstfest getrieben. Dort konzentrierten sich die Straßenschlachten zwischen Demon-

stranten und der Polizei. Offensichtlich war es die Taktik der Polizeiführung, die Auseinandersetzungen örtlich zu begrenzen. So sollten die Sachschäden gering gehalten werden und möglichst viele Festnahmen erfolgen können. Nach der vollmundigen Ankündigung von Innensenator Werthebach, durch ein Verbot könnten »Krawalle« am 1. Mai verhindert werden, sollte so wenigstens die Polizeistatistik den Erfolg seiner neuen Linie beweisen. Es habe weniger Sachschäden, aber mehr Festnahmen als in den vergangenen Jahren gegeben. In zwei Polizeikesseln wurden über 400 Personen in Gewahrsam genommen. Dass über die Hälfte davon ohne Angabe einer Begründung festgenommen und erst nach Stunden und zum Teil ohne Feststellung der Personalien in entfernten Stadtteilen wieder auf die Straße gesetzt wurden, das füllte keine Schlagzeilen mehr. Es war den Zeitungen höchstens noch eine Meldung in den Lokalteilen wert – ebenso wie die zahlreichen Übergriffe der Polizei auch auf völlig Unbeteiligte.

Nachlese

Die Folgetage des 1. Mai waren noch geprägt von der Debatte über die neue Linie des Innensensors. Bereits im Vorfeld hatte auch der Koalitionspartner SPD das Verbot kritisiert, aber nicht aus politischen Gründen sondern aus polizeitaktischen Überlegungen. Störer seien in einer genehmigten Demonstration eher zu lokalisieren und zu isolieren als bei einem Verbot. Das mache die Sache für die Polizei nur unübersichtlicher, eine Befürchtung, die auch in Führungskreisen der Polizei geteilt und von der GdP vorgebracht wurde. Dementsprechend die Argumente nach dem 1. Mai. Während die CDU und der Innensenator von einem Erfolg ihrer neuen Linie sprachen, die in den nächsten Jahren fortgesetzt werden soll, bezweifelten die Oppositionsparteien sowie der Koalitionspartner die Erfolgsbilanz der Polizei. Trotz der Folgediskussionen und der anstehenden Prozesse wegen allzu offensichtlicher Willkür der Polizei waren nach wenigen Tagen die Haushaltsslage und Koalitionskrise wieder das Topthema in der Hauptstadt.

Die Bilanz des 1. Mai fällt zwiespältig aus

Ein Erfolg war sicherlich, dass die NPD nicht ungestört in Hohenschönhausen aufmarschieren und das Verbot der »Revolutionären 1.-Mai-Demonstration« nicht durchgesetzt werden konnte. Auf der anderen Seite war es den Kräften links von der PDS nicht gelungen, die Politisierung des 1. Mai durch den Innensenator zu nutzen. In den Gewerkschaften arbeiten die oppositionellen, klassenbewussten Kräfte in den Einzelgewerkschaften isoliert voneinander, in den verschiedensten Arbeitsgruppen und Zirkeln. Eine Verständigung über wichtige politische und gewerkschaftliche Fragen findet nicht statt. Außerhalb der Gewerkschaften sieht es ähnlich aus. So präsentierte sich die Linke am 1. Mai orientierungslos und zersplittert, sie hatte keine eigenen Forderungen und Inhalte, mit denen sie an die Öffentlichkeit gehen konnten. Dieser Zustand lässt sich nur überwinden, wenn die Linken in und außerhalb der Gewerkschaften sich über die wichtigsten politischen Aufgaben verständigen und mit eigenen Vorstellungen und Vorschlägen in die öffentliche Diskussion eingreifen. Und das nicht erst zum 1. Mai im kommenden Jahr.

Die Koalitionskrise hat sich zunächst mit dem Volksbegehren für vorgezogene Neuwahlen durch PDS, Grüne und

FDP weiter zugespitzt. Durch die erfolgte Abwahl des Regierenden Bürgermeisters und die Bildung einer Übergangsregierung hat die politische Führungskrise in Berlin ihren bisherigen parlamentarischen Höhepunkt gefunden. Die von der SPD gewollte und von der PDS freudig angenommene Einbindung der »roten Socken« in die formelle Lösung der Krise schafft eine neue politische Konstellation, auf die die Berliner Restlinken politisch nicht vorbereitet sind. Welche Folgerungen sich daraus ergeben, wird sich zeigen und demnächst hier dargestellt werden. Bisher ist nur eines sicher: Soll die Krise des Berliner Senats nicht lediglich durch ein parlamentarisches Stühlerücken überwunden werden, während die Haushaltssanierung auf Kosten der abhängig Beschäftigten und sozial Schwachen weiter betrieben wird, dann bedarf es des organisierten Widerstandes der Betroffenen und des politischen Eingreifens der noch schwachen klassenbewussten Kräfte. 24.6.2001 ■

■ DIE POSTGEWERKSCHAFT VON DER BETRIEBSGEWERKSCHAFT: ZUR »CHANCENGEWERKSCHAFT« (BSIRSKE)?

Massiver Abbau tarifvertraglich geschützter Arbeitsverhältnisse bei der Post

Die Tinte unter dem Entgelttarifvertrag, der zukünftig allen neu eingestellten ArbeiterInnen bei der Post eine drastische Lohnsenkung gegenüber den bis dato fest bei dem Unternehmen Beschäftigten beschert, war noch nicht trocken, da holte die Unternehmensleitung zu einem neuen Schlag aus. In einer Email ließ sie kurz vor Weihnachten 2000 wissen, bis zum Ende des Jahres 2002 werde sie die gesamten bisher in Eigenregie betriebenen Transportleistungen an privaten Firmen des Speditionsgewerbes vergeben. Damit drohten die Arbeitsplätze von 12.000 KollegInnen wegzufallen.

Der Hauptvorstand der Postgewerkschaft fühlte sich durch das Vorhaben der Unternehmensleitung brüskiert. Hatte er doch bei den gerade erst abgeschlossenen Verhandlungen über den Entgelttarifvertrag gezeigt, dass er bereit ist, das Wohl des Unternehmens über die berechtigten Einkommensinteressen der bei der Post Beschäftigten zu stellen. So warf er einen bisher als unantastbar geltenden Grundsatz seiner Tarifpolitik über Bord, nach dem ohne Not nicht in bestehende Tarifverträge eingegriffen wird, wenn dies zu einer gravierenden Verschlechterung des Einkommens oder zu einer Verminderung der sozialen Ansprüche der Betroffenen führen würde. Als Affront empfand die Gewerkschaftsspitze den Umstand, dass sie sich mit der drohenden Verschlechterung der Arbeitssituation der Fahrer zu einem Zeitpunkt beschäftigen musste als die innerorganisatorische Kritik an ihrem Verhalten in der Entgeltfrage noch nicht verstummt war.

Es waren aber nicht so sehr die Pläne als solche, die dem Hauptvorstand die Zornesröte ins Gesicht trieben. Er fühlte sich von seinem Sozialpartner schlecht behandelt, weil die beabsichtigten Maßnahmen ihm nicht wie bisher üblich in einem vertraulichen Gespräch oder doch wenigstens in einem ausführlichen Schreiben angekündigt worden waren, sondern er über den Umfang und den Inhalt der Vorstandsabsichten zufällig erfuhr und dass auch erst, als schon Ent-

scheidungen zur Umsetzung des Konzeptes getroffen worden waren.

Die Position der Unternehmensleitung

In einem eiligst vereinbarten Gespräch Anfang Januar erklärten die Vertreter des Vorstandes unmissverständlich, »am eingeschlagenen Weg der Fremdvergabe konsequent festhalten« zu wollen. Sie führten folgende, allein an Kostengesichtspunkten orientierte Gründe an: »... die Entlohnungsunterschiede, die Unterschiede bei der Wochenarbeitszeit, den Stunden- bzw. Kilometereinsatz der einzelnen Fahrzeuge und den nicht aufkommenden Unfallkosten im Unternehmen«.

Diese Argumentation macht deutlich, dass sich die Postgewerkschaft mit ihren Zugeständnissen im Entgelttarifvertrag nicht eine ruhige Ausgangsposition für die kommenden Jahre an der Entlohnungsfront verschafft hat, sondern weiter vom Unternehmen mit Forderungen nach Lohn- und Kostensenkungen etwa bei Fragen der Arbeitszeit, der Unfallsicherheit, der Nacht- wie Wochenendzuschläge konfrontiert werden wird. Und dies geschieht nicht mit freundlichen Worten, sondern dadurch, dass die Post die Gewerkschaft vor vollendete Tatsachen stellt oder ultimativ von ihr verlangt, gewünschte Änderungen schnellstmöglich in Verhandlungen abzusegnen, falls sie weiterhin der ausgesuchte Gesprächspartner in sozialen Fragen bleiben wolle.

Die Aktivitäten des Hauptvorstandes

Angesichts der Tatsache, dass die Unternehmensspitze sich nicht zu einer Rücknahme oder einer Abschwächung ihres Vorhabens bereit erklärte, sondern nur einem kurzen Moratorium bis zum 1. März 2001 zustimmte, rief der Hauptvorstand zu einer zentralen Protestkundgebung auf. Am 20. Februar versammelten sich in Neuss nach Angaben der Gewerkschaft etwa 2500 Betriebsräte, Vertrauensleute und Beschäftigte aus dem Fahrdienst, um für den Erhalt der Arbeitsplätze im Transportbereich zu demonstrieren.

Der relative Erfolg dieser Veranstaltung veranlasste die Gewerkschaftsspitze, einen Katalog mit weiteren Maßnahmen zu erstellen. Neben dem bei solchen Aktivitäten üblichen Vorschlag, die Bundestagsabgeordneten des eigenen Wahlkreises zu besuchen, rief sie zu öffentlichen Protesten auf. Die Aktivitäten sollten die zwischenzeitlich aufgenommenen Verhandlungen mit der Unternehmensführung begleiten. Die Post hatte Ende Februar erklärt, ihre Maßnahmen bis zum 31. Mai auszusetzen.

Am 19. März kam es in Frankfurt und München vor den Börsen zu Kundgebungen von Postgewerkschaftern. In Frankfurt klagte Kollege Bothener in einer Rede, »mit der Kahlschlagpolitik im Transportbereich« werde »dem Aushebeln von Tarif- und Sozialabkommen Tür und Tor« geöffnet. Mit seiner Forderung, »den Postfahrern vernünftige Zukunftsperspektiven zu sichern«, ließ er durchblicken, dass es dem Hauptvorstand mittlerweile nicht mehr um den Erhalt aller Arbeitsplätze ging, sondern nur noch um eine zeitliche Streckung der Maßnahme, damit für die Betroffenen angemessene Unterbringungsmöglichkeiten gesucht werden konnten.

Am 5. April organisierte die ver.di-Betriebsgruppe des Briefzentrums Osterwedding in Magdeburg einen Autokorso vom örtlichen Gewerbegebiet zum Magdeburger Landtag. Am gleichen Tag fanden in den Briefzentren Freiburg, Göp-

pingen, Heilbronn, Ravensburg, Reutlingen und Stuttgart Betriebsversammlungen statt. Die Interessen der Fahrer nach Erhalt ihrer Arbeitsplätze wurden zum Hauptthema gemacht. Die Versammlungen zogen sich solange hin, dass etwa 1,5 Millionen Briefe nicht bearbeitet werden konnten. Proteste gab es auch in Hannover. Hamburg fiel dadurch auf, dass die Veranstaltung mit etwa 1500 Kolleginnen recht gut besucht war und viele der Anwesenden eigene Transparente mitgebracht hatten oder in anderer fantasievoller Form ihre Solidarität mit den Fahrern bekundeten.

Der Protest in Berlin

In Berlin fand am 15. Mai unter dem halboffenen Vordach einer Auslieferungsstelle des Paketzentrums Rüdersdorf eine Kundgebung statt. Der Ort war insofern gut gewählt als er Schutz vor Regen und Wind bot, auch liegt er zentral und konnte mit der S-Bahn gut erreicht werden. Doch er befindet sich in einem Gebiet, das von der Berliner Bevölkerung gemieden wird, so dass die Außenwirkung der Veranstaltung gegen Null ging.

Der noch reiche Bezirk Berlin-Brandenburg der Postgewerkschaft hatte, wie bei solchen Gelegenheiten üblich, für alles gesorgt: Bratwürste gab es in großer Zahl, Berge von Kartoffelsalat standen bereit, eine Vielzahl von Getränkekisten füllte den Versammlungsort, Kartons von weißen T-Shirts mit ver.di-Emblem waren besorgt worden und eine Combo spielte Hits aus den siebziger Jahren.



Es kamen etwa 150 KollegInnen – nur die, um deren Interessen es ging, blieben bis auf wenige Ausnahmen der Veranstaltung fern.

Dies lag sicher nicht an der Intensität der Mobilisierung. Flugblätter hatten dafür gesorgt, dass die Betroffenen von der Kundgebung rechtzeitig erfuhren. Sicher, viele konnten nicht kommen, weil sie während der Kundgebungszeit arbeiten mussten. Aber von denjenigen, die es mit ihrer Arbeitszeit hätten vereinbaren können zu erscheinen, ließ sich kaum einer blicken.

Erschienen waren in der Mehrzahl Funktionäre der Postgewerkschaft und Betriebsräte. In einigen Niederlassungen hatten die Betriebsräte ihre Sitzungen auf den Dienstag gelegt und dann im Gremium entschieden, gemeinsam zur Kundgebung zu fahren.

Unter den Mitgliedern, die weder betriebliche noch gewerkschaftliche Funktionen innehaben, blieb die Resonanz auf den Aufruf ebenfalls äußerst bescheiden. Die weni-

gen, die kamen, wurden mit einer Herzlichkeit begrüßt, als ob sie das letzte Exemplar einer auf der roten Liste der aussterbenden Arten stehenden Gattung seien.

Gründe für die geringe Mobilisierungskraft

Ein Grund für die Zurückhaltung der Fahrer ist darin zu suchen, dass es seit den Auseinandersetzungen über die Überleitungstarifverträge 1994 von der Bundespost zur Aktiengesellschaft keine Auseinandersetzung mehr mit dem Arbeitgeber gegeben hat. Alle Probleme von den jährlichen Lohnerhöhungen bis zu dem neuen Entgelttarifvertrag wurden am grünen Tisch gelöst. Nicht einmal zu Warnstreiks hatte die Gewerkschaft in den letzten Jahren aufgerufen. Bei vielen KollegInnen setzte sich so die Überzeugung fest, dass sie nicht gebraucht werden. Bei älteren KollegInnen spielt darüber hinaus die Erfahrung eine Rolle, dass es bisher bei der Post immer irgendwie gut gegangen ist. Bei individuellen Problemen wandte man sich an die örtlichen Betriebsräte und erreichte in der Regel für sich eine Lösung, die einigermaßen erträglich war.

Eine weitere Erklärung für die Passivität der Kraftfahrer lässt sich mit der Beschreibung ihrer Arbeitssituation liefern. Sie haben mit den Vorgesetzten allenfalls bei Schichtbeginn zu tun. Die Zeiten für ihre Fahrrouten sind immer noch so bemessen, dass sie die Vorgaben häufig unterbieten können. Sie haben das Gefühl, dies sei Folge ihrer persönlichen Arbeitsleistung, die geringe direkte Kontrolle Ausdruck einer besonderen, privilegierten Stellung gegenüber den sonstigen Beschäftigten. Diese Selbstwahrnehmung drückt sich für sie in einem gegenüber vergleichbaren Tätigkeiten in der Privatindustrie hohen Lohn aus.

Daraus resultiert ihre distanzierte Haltung zur Postgewerkschaft. Die DPG im Briefzentrum 10 in Berlin hatte unter den Fahrern früher nur wenige Mitglieder. Auch wenn sich der Organisationsgrad in den letzten Jahren etwas erhöhte, konnte die DPG noch nicht in die Anhängerschaft der hier dominierenden christlichen Postgewerkschaft eindringen. Diese arbeitgebernahe Organisation schafft es seit Jahren, bei den Betriebsratswahlen unter den Arbeitern Dank des starken Rückhaltes bei den Fahrern einen Sitz zu erobern.

Die entscheidenden Punkte der Vereinbarung

Am 17.5.2001 wurde zwischen den Vertretern der Post und denen der Gewerkschaft eine Vereinbarung erzielt, nach der der Abbau der Arbeitsplätze im Transportbereich nicht verhindert, sondern nur hinausgezögert wird. Die Fremdvergabe wird »in Abstimmung mit ver.di und dem Gesamtbetriebsrat zeitlich gestaffelt und regional quotiert.«

Der Post war wohl klar geworden, dass eine schnelle Realisierung ihres Vorhabens auch sie vor erhebliche Probleme gestellt hätte. Denn 12.000 Fahrer wären dann unterzubringen gewesen. Dies wäre ihr schwergefallen, weil sie erst vor einigen Monaten zugesagt hatte, bis Ende 2004 aus betrieblichen Gründen niemand zu entlassen.

Die Post will die Zahl der Kraftfahrer schrittweise senken, wobei die Anzahl der in den Folgejahren noch »mindestens« Beschäftigten festgelegt wurde. Bis zum 31.12.2004 sollen mindestens noch 4500 Fahrer im Transportbereich übrig bleiben. Dies bedeutet, dass in den nächsten Jahren nur noch die Kastenleerung bestehen bleiben wird. Bis Ende 2007 will sie diesen Stand halten. Was dann weiter geschieht, ist offen.

Was hat die Postgewerkschaft nun erreicht?

Auf den ersten Blick sieht das Ergebnis so aus wie alle bisherigen sozialpartnerschaftlichen Konfliktregulierungen bei der Post. Für die Betroffenen ist eine Lösung gefunden worden, die ihnen ihre bisherige finanzielle Situation sichert und ihre sozialen Ansprüche festschreibt. Kollege Büttner kommentierte Stolz das Resultat der Verhandlungen: »Mit dem Ergebnis haben wir die beruflichen Perspektiven für die Postfahrer gesichert.« Doch Rolf Büttner ist mittlerweile nicht mehr nur wie noch Anfang des Jahres Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Postgewerkschaft, sondern auch schon designierter Leiter des ver.di-Fachbereiches »Postdienste, Speditionen und Logistik«. Er ist damit gleichfalls für die Beschäftigten zuständig, die demnächst in Fremdfirmen Transportleistungen für die Post erbringen werden.

Kollege Büttner weiß genau, wie die Verhältnisse in der Transportbranche beschaffen sind: »Deregulierung im Postmarkt, Outsourcing, gnadenloser Unterbietungswettbewerb bei den Postdiensten, Speditionen und Logistik sind für Rolf Büttner keine Fremdworte. Vielmehr sein größtes Ärgernis«, beschreibt die Zeitung des Hauptvorstandes der Postgewerkschaft den neuen Vorsitzenden des ver.di-Fachbereiches 10. Auf der Auftaktprotestkundgebung in Neuss charakterisierte er die Lage im Speditionsgewerbe folgendermaßen: »Das Auslagern der Fahrdienste an Spediteure vernichtete tarifvertraglich und sozial geschützte Arbeitsplätze bei der Post. Die Beschäftigten im Transportgewerbe müssen von einem maßlosen Lohn- und Sozialdumping geschützt werden« ...«. Mit der Vereinbarung zu den Fahrern ist dies nicht erreicht worden. Im Gegenteil. Die Postgewerkschaft ist nicht mal mehr in der Lage, bei der Post selbst den Stand der tarifvertraglich geregelte Arbeitsverhältnisse zu halten. Sie sorgt nur noch für ein ordentliches Begräbnis.

Während der Hauptvorstand im Übergang zu ver.di seine bisherige Politik weiterverfolgt, die sich allein an den Interessen der bei der Post Beschäftigten orientiert, wächst im Funktionärskörper einiger Bezirke die Überzeugung, dass die gewerkschaftliche Arbeit eine andere Orientierung bekommen muss. Diese Kräfte haben versucht, gestützt auf eine kleine Anzahl von aktiven Betriebsräten, Vertrauensleuten und Mitgliedern, den vom Vorstand geplanten und initiierten Aktivitäten gegen die Ausgliederung des Transportbereiches ein eigenes Gepräge zu geben.

Die nicht an allen Orten zufriedenstellenden Ergebnisse dieser Bemühungen können schnell wieder in Resignation umschlagen, wenn es nicht gelingt, eine Perspektive zu entwickeln, die über den Horizont des aktuellen Konfliktes (und über den Horizont des Unternehmens Post) hinausweist. Dazu müssten die in der letzten Zeit bei der Post ausgetragenen Auseinandersetzungen über die Lohnstruktur der Arbeiter und Angestellten wie auch die Fragen der Zeiterfassung bei den Zustellern und die Ausgliederung der Transportleistungen nicht mehr wie bisher als isolierte Konflikte begriffen werden, sondern als einzelne Elemente eines zentralen Angriffs des Arbeitgebers Post auf die Beschäftigten des Unternehmens. Niederlagen müssen als Niederlagen bezeichnet und politische Fragen dürfen nicht mehr ausgeklammert werden. Allerdings wird eine Neuausrichtung der gewerkschaftlichen Arbeit ohne Aktivierung der Mitglieder und ohne deren Bereitschaft zum Konflikt mit den Gremien des neuen Fachbereiches nicht vorankommen. 9.6.2001 ■